

auge

AMT und GEMEINDE 04_2022

Zeitschrift für evangelisch-theologische Impulse & Diskurse

71. Jahrgang | € 6,-



Visionen für Europa

277 **Editorial**
Eva Harasta

279 **(Aktuelle) Herausforderungen für die EU aus kirchlicher Sicht**
Katrín Hatzinger

289 **Das Ohr ist der Fuß in der Tür zur Zukunft**
Johannes M. Modeß

295 **Hat die Europäische Union eine soziale Vision?**
Heather Roy

299 **Nicht nur Zuschauer*in sein. Was es bedeuten könnte, Protestant*in in Europa zu sein**
Katerina Koci

302 **Ein Stück Lebenserfahrung. Vom Aufbrechen und Ankommen**
Helene Lechner

305 **Evangelische Diaspora und Europa. Ein Beitrag aus der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa**
Marcus Hütter

316 **Europa und Erfahrungen**
Richárd László Kádas

319 **Visionen für Europa**
Lubomir Batka

Impressum und Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Evangelische Kirche A. B. in Österreich.

Herausgeber: Bischof Michael Chalupka.

Redaktion: Dr.ⁱⁿ Eva Harasta (Leitung), Dr.ⁱⁿ Clarissa Breu, Dr. Wolfgang Ernst, Dr. Bernhard Lauxmann, Dr. Johannes M. Modeß, Mag.^a Romana Schusser.

Zusammenstellung dieses Heftes: Dr.ⁱⁿ Eva Harasta, Dr. Johannes M. Modeß

Grafik: Heidrun Kogler · **Satz:** Mag.^a Hilde Matouschek

Druck: Claus Thienel, Druckim12ten, 1120 Wien; gedruckt auf Recyclingpapier mit Pflanzenölfarben.

Titelfoto: © istockphoto | melitas

Erscheinung: vier Mal im Jahr

Jahresbezugspreis: € 19,-; Einzelheft: € 6,-

Adresse: Severin-Schreiber-Gasse 1-3, 1180 Wien

E-Mail: aundg@evang.at

ISSN 1680-4015

Blattlinie: „Amt und Gemeinde“ versteht sich als theologische Zeitschrift, die Pfarrer*innen, Lehrer*innen und alle Interessierte über den neuesten Stand theologischer Forschung und Praxis in den Evangelischen Kirchen in Österreich und in anderen christlichen Kirchen informieren will.

Für Bestellungen ist der Evangelische Pressedienst erreichbar (epd@evang.at; +43 1 7125461).



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW 1109 Claus Thienel, Druckim12ten, 1120 Wien

321 Herausforderungen für Europa. Eine polnisch-lutherische Perspektive
Jerzy Sojka

324 Ungeduldige Hoffnungsträger*innen in bedrängten Zeiten.
Eine lutherische Perspektive aus Schweden
Almut Bretschneider-Felzmann

326 Die Kirche im öffentlichen Raum. Ein Studiendokument
des Lutherischen Weltbunds (2016/2021) (Auszug)

337 Biogramme

Editorial

Eva Harasta

Liebe Leserin, lieber Leser,

„wer Visionen hat, soll zum Arzt“ – dieses Wort wurde lange Franz Vranitzky zugeschrieben, der zum Zeitpunkt des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union Bundeskanzler war. Am 1. Jänner 1995 trat Österreich der Europäischen Union bei, nachdem sich bei der Volksabstimmung im Juni 1994 eine klare Mehrheit von 66,6 % dafür ausgesprochen hatte.

Dem letzten Eurobarometer zufolge fühlen sich aktuell 76 % der Österreicher*innen als EU-Bürger*innen. Aber nur 42 % geben an, Vertrauen zur EU als Institution haben.¹ Das etwas wackelige Vertrauen reagiert auch auf die Herausforderungen, vor denen die EU steht: Klimakrise, Gesundheitsversorgung, Ukrainekrieg, Inflation, Energiekosten und die Versorgung von Geflüchteten. Da könnte man vielleicht sagen: Wir brauchen Ärzt*innen und Visionen.

Die Beiträge in diesem Heft nähern sich dem Thema Europa theologisch, (kirchen-)politisch und persönlich-biographisch. Aus der Redaktion haben Johannes M. Modeß und Eva Harasta das Heft begleitet.

Zunächst berichtet *Katrin Hatzinger* aus Ihrer Arbeit als Leiterin der EKD-Dienststelle Brüssel. Diese Arbeit gründet in der Konziliaren Vision – dem Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – und über-

setzt sie in konkrete politische Arbeit. Der Dialog der EU-Institutionen mit den Religionsgemeinschaften ist durch den Vertrag von Lissabon gesetzlich verbrieftes Recht. Aber die EKD ist die einzige Kirche auf nationaler Ebene, die ein eigenes Büro in Brüssel hat.

Johannes M. Modeß legt eine theologische Überlegung dazu vor, welche Rolle eine evangelische Diasporakirche für und in Europa hat. Diese Rolle ist aber nicht im rückwärtsgewandten Modell von Europa als „christlichem Abendland“ zu finden. Zukunftsträchtig ist eine andere theologische Standortbestimmung ...

Die Generalsekretärin von Eurodiaconia, *Heather Roy*, lenkt den Blick wieder auf die konkreten Herausforderungen in der EU. Sie vertritt den europäischen Verband diakonischer Werke und setzt sich im Auftrag der 58 Verbandsmitglieder für eine gerechtere Sozialpolitik ein. Dabei balanciert sie die konkrete Lobbyarbeit mit der Arbeit am grundlegenden Selbstverständnis der EU.

Katerina Koci wendet sich den sozialen Fragen, die Roy strukturell betrachtet, individuell und philosophisch zu. Sie

¹ Basis der Statistik sind 1019 Interviews zwischen 18.1. und 7.2.2022, also vor dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Eurobarometer, Country Fact Sheet Austria: europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2553 (abgerufen 7.10.2022).

nimmt auf die Leiden Bezug, die aktuell in Europa eher verdeckt als offen angesprochen werden: das Leiden im Gefolge der Pandemie und des Ukraine-Kriegs. Aus evangelischer Sicht, so Koci, können „Mitleids-Fatigue“ und das überforderte Verdrängen von Leid keine Option sein. Sie verweist auf Jan Patočkas Konzept der „Solidarität der Erschütterten“ (*solidarita otřesených*) und skizziert ihre Vision der evangelischen Aufgabe in Europa.

Helene Lechner deutet an, wie ihre Studienzeit in Marburg ihren Blick auf die Theologie, auf sich selbst und auf die Kirche in Österreich verändert hat. Und sie erzählt von den persönlichen Beziehungen, die mit Leben füllen, was es heißt, „Europäerin“ zu sein, und Solidarität begründen.

Marcus Hütter berichtet aus der Arbeit der GEKE im Themenbereich Diasporakirchen und ihrer Rolle in Europa. Er skizziert ein positives Selbstverständnis von Diasporakirche und schlägt Bonhoeffers Wort von der „Kirche für andere“ als konstruktives Selbstbild für kleine Kirchen vor.

Der Pfarrer der ungarischsprachigen Evangelischen Pfarrgemeinde H. B. Oberwart (Felsőőr), Richárd László Kádas, erzählt dann aus seiner Arbeit an einem Ort, der durch die „Oberwartkonferenzen“ eine Tradition im Brückenbauen hat. Er mahnt dazu, sich nicht in globalen Fragen zu verlieren, sondern genau zu fragen, welche politischen und sozialen Herausforderungen vor Ort bestehen.

An den 1. Mai 2004, den Tag, als die Slowakei mit viel Hoffnung und Optimismus der EU beitrug, erinnert Lubomir

Batka. Die Ernüchterung kam später, nicht zuletzt durch die Grenzkontrollen, wie sie aktuell wieder in Kraft sind, aber auch in der Erkenntnis, dass ethische Positionen teils auch in Kirchen entlang von politischen Konfliktlinien instrumentalisiert werden – mit spaltender Wirkung. Umso wichtiger ist es, die evangelische Stimme für Gerechtigkeit und Frieden zu erheben.

Jerzy Sojka bringt eine lutherische Stimme aus Polen ein. Er betrachtet das evangelische Gnaden- und Freiheitsverständnis als Grundlage eines theologischen Zugangs zu „Europa“ und unterscheidet es von säkularem Freiheitspathos. Und er ruft zu einem differenzierten Verständnis von „Einheit“ auf, das Vielfalt erlaubt, ohne die Verbundenheit aufzugeben.

Almut Bretschneider-Felzmann schreibt aus der lutherischen Kirche in Schweden. Auch sie akzentuiert den Frieden als die aktuell zentrale europäische Herausforderung im Dreiklang von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, obwohl, wie sie betont, sich die drei nicht voneinander trennen lassen.

Zum Schluss drucken wir einen Auszug aus dem Dokument „Die Kirche im öffentlichen Raum“ ab, das der Lutherische Weltbund in Neubearbeitung herausgebracht hat. Es gibt eine theologische Grundlegung zu der Frage, warum und wie sich die Kirche öffentlich und politisch engagieren kann, soll oder gar muss. Der Abdruck ist eine Art Vorbote der 13. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes, die 2023 in Krakau stattfindet.

(Aktuelle) Herausforderungen für die EU aus kirchlicher Sicht

Katrin Hatzinger

Laut EU-Vertrag steht die Europäische Union für Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte (Art.2 EUV) ein. Nicht erst seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wird deutlich, dass dieses Wertefundament gefährdet ist. Es zeigte sich schon zuvor etwa beim Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen, bei der Suche nach gemeinsamen Antworten auf den Klimawandel oder – besonders heikel – hinsichtlich der Lage der Rechtsstaatlichkeit in einigen EU-Staaten. Ob es der EU gelingen wird, diesen und anderen Herausforderungen angemessen und nachhaltig zu begegnen, hängt auch vom europäischen Engagement und Einsatz der Kirchen ab.

Im Folgenden will ich den Bogen von der Tätigkeit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der EU über den Dialog zwischen Kirchen und EU-Institutionen bis hin zu den aktuellen Herausforderungen für die EU schlagen.

Das EKD-Büro Brüssel

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mischt sich nicht nur mit Denkschriften, Vorträgen, Pressemitteilungen und Stellungnahmen politisch ein, sondern ist über ihre Vertretungen in Berlin und Brüssel auch ganz unmittelbar im Raum der Politik präsent. Dabei ist es nicht ihr Anliegen, Politik zu machen, sondern – um es mit dem vormaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu sagen – „Politik möglich zu machen“: Kirche ist Impulsgeberin, Sparringspartnerin, auch Mahnerin, die ihre Kompetenz aus zahlreichen Arbeitsfeldern inmitten der Gesellschaft und auch an ihren sozialen Rändern bezieht.

1990 wurde das Büro in Brüssel als Teil der „Dienststelle des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung und der Europäischen Union“ eingerichtet. Die Präsenz der EKD in Brüssel ist stark der Tatsache geschuldet, dass die Kirchen als Institutionen zunächst einmal Betroffene der europäischen Gesetzgebung sind,

z. B. wenn das kirchliche Arbeitsrecht im Kontext der europäischen Anti-Diskriminierungspolitik in den Fokus gerät oder es darum geht, im Rahmen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung das kirchliche Datenschutzrecht als Teil des Selbstbestimmungsrechts zu bewahren. Ein wichtiges Element der Arbeit des EKD-Büros Brüssel besteht deshalb darin, die politischen Entscheidungsträger*innen in Brüssel und Straßburg auf die kirchlichen Anliegen in der Politikgestaltung und im Gesetzgebungsprozess aufmerksam zu machen und als „Frühwarnsystem“ zu fungieren. Oft gilt es, „das Gras wachsen zu hören“ und – bestenfalls bevor eine neue Richtlinie oder Verordnung veröffentlicht wird – mit den zuständigen Beamten*innen und Parlamentarier*innen Kontakt aufzunehmen und den Austausch über das Thema zu suchen. So ist es auch zu erklären, dass die Leitung der Dienststelle seit den Anfängen in den Händen eines Juristen bzw. einer Juristin liegt.

Die Vertretung der EKD in Brüssel ist im Laufe der Jahre auf ein Team von acht Mitarbeitenden angewachsen. Zudem kooperiert das Büro seit mehr als zehn Jahren mit der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej). Nicht regelmäßig, aber immer wieder verstärken Sondervikarinnen und -vikare das Team. Seit 2011 ist im Büro die gemeinsame Servicestelle für EU-Förderpolitik und -projekte von EKD und Diakonie Deutschland angesiedelt.

So wie sich die Europäische Union von einer Wirtschafts- verstärkt zu einer Wertegemeinschaft entwickelt hat, ha-

ben sich auch die Aufgaben der Dienststelle im Laufe der Jahre erweitert.

Die Dienststelle verfolgt zunächst die Entstehung und Entwicklung europäischer Gesetzgebung und Politiken, nimmt eine erste Einschätzung der Gesetzesinitiativen vor und gibt Handlungsempfehlungen an die EKD und ihre Gliedkirchen ab. Gegebenenfalls erfolgt z. B. über die Beteiligung an Konsultationsverfahren eine Teilnahme an der europäischen Gesetzgebung. Der ökumenische Dreiklang aus dem konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung ist beim thematischen Fokus der Arbeit in Brüssel die Leitschnur. Die Politikfelder, für die sich die evangelische Kirche in Brüssel engagiert, spiegeln das wider. So bringt das Büro zu Themen wie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, dem Europäischen Jahr der Jugend, dem Vorschlag für eine Richtlinie zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten im Bereich Nachhaltigkeit, dem Pakt für Migration und Asyl, dem Fit-for-55-Paket sowie der Regulierung der ethischen Aspekte von KI spezifisch kirchliche Standpunkte ein.

Daneben überprüft das Büro die Auswirkungen europäischer Gesetzgebung auf das deutsche Staatskirchenrecht, insbesondere geht es darum, das grundgesetzlich geschützte Selbstbestimmungsrecht der Kirche zu wahren. Darüber hinaus beobachtet die Vertretung die entsprechende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg und die Rechtsprechung des Menschenrechtsgerichtshofs in Straßburg.

Das EKD-Büro Brüssel versteht sich aber auch als Informationsbüro für kirchliche Einrichtungen und Organisationen. Vierteljährlich berichten die „EKD-Europa-Informationen“ aus evangelischer Sicht über das aktuelle politische Geschehen in Brüssel (www.ekd.eu). Die FörderInfoAktuell¹ macht auf europäische Förderprojekte aufmerksam. Regelmäßig werden Besuchsgruppen in Vorträgen und Gesprächsrunden über die Arbeit des Büros, die Funktionsweise der Europäischen Union und das Selbstverständnis der Kirchen in Brüssel informiert.

Die Dienststelle ist zudem auch Dienstleisterin für kirchliche Einrichtungen und Gremien. So steht bei der Konzipierung, Beantragung und Umsetzung von EU-Fördergeldern das dreiköpfige Team der Servicestelle für EU-Förderpolitik und -projekte von EKD und Diakonie Deutschland interessiert an Einrichtungen unterstützend zur Seite und fördert so auf ganz praktische Weise den Europagedanken. Die Servicestelle berät beispielsweise kirchliche Antragsteller auf dem Weg durch den europäischen Förderdschungel, hilft z. B. bei der Antragsstellung und bei der Projektpartnersuche, bietet Seminare, Fortbildungen und Fachveranstaltungen etwa auf der *European Week of Regions and Cities* an und macht Eingaben zur EU-Förderpolitik. Darüber hinaus veröffentlicht sie Broschüren und Handreichungen, zuletzt den „Wegweiser durch die europäische Förderlandschaft 2021–2027“. Zudem ist sie in engem Austausch mit den EU-Förderreferent*innen der Lan-

deskirchen und den EU-Koordinator*innen der diakonischen Landesverbände.

Schließlich geht es auch darum, die EKD als Kirche auf dem Brüsseler Parkett sichtbar zu machen. Dies geschieht durch die Organisation von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, wie etwa zuletzt im Juli 2022 mit einem Debattenbeitrag der Vorsitzenden des Rates der EKD, Präses Annette Kurschus, zum Ukrainekrieg auf dem Sommerempfang des EKD-Büros² oder einer Diskussionsveranstaltung im März 2022 mit Vertretern aus Kommission, Gewerkschaftern und Wirtschaft zur europäischen Lieferketteninitiative. Etabliert haben sich aber auch kleinere Formate wie das evangelische Abgeordnetenfrühstück oder der Gesprächskreis „Christen und Europapolitik“.

Last but not least bringt sich das Büro mit Rat und Tat beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, im Kuratorium von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und im Fachbeirat Ethik der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zu EU-Themen ein.

Die Arbeit vor Ort verfolgt einen partnerschaftlichen Ansatz mit Ökumene und Zivilgesellschaft. Dabei bilden sich je nach Themenbereich unterschiedliche Allianzen und Netzwerke, die von

¹ Online: ekd.de/bevollmaechtigter-news-bruessel-eu-foerderung-27610.htm (abgerufen 16.8.2022).
² Online: ekd.de/rede-kurschus-sommerempfang-ekd-buero-in-bruessel-74237.htm (abgerufen 16.8.2022).

den kirchlichen Büros, über die Gewerkschaften, die kirchlichen Wohlfahrtsverbände bis hin zu Think Tanks, NGOs wie dem Europäischen Flüchtlingsrat und politischen Stiftungen reichen. Besonders enge Kooperationen bestehen mit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Kommission der Bischofskonferenzen der EU (COMECE) sowie mit der Europareferentin des Katholischen Büros in Berlin, da die deutsche Bischofskonferenz kein eigenes Büro in Brüssel unterhält.

Andere nationale evangelische Kirchen sind in Brüssel nicht mit einer eigenen Vertretung präsent. Die orthodoxen Kirchen hingegen nehmen Brüssel als Wirkungsfeld war. So sind das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel sowie die griechisch-orthodoxe und die rumänisch-orthodoxe Kirche vor Ort repräsentiert. Zur besseren Sichtbarkeit haben sich die orthodoxen Kirchen zudem zum *Committee of Representatives of the Orthodox Churches to the European Union* (CROCEU) zusammengeschlossen. Auch die anglikanische Kirche ist trotz des Brexits weiterhin mit einer Vertretung in Brüssel präsent.

Während zahlreiche jüdische Verbände in Brüssel aktiv sind (*European Jewish Congress, World Jewish Congress, European Union of Jewish Students; B'nai B'rith Europe* etc.), gibt es außer dem *Forum of European Muslim and Student Organisations* (FEMYSO) keine europäische muslimische Vertretung.

Der Dialog zwischen den Kirchen und der EU

Im Gegensatz zu den Berliner Gepflogenheiten gibt es in Brüssel keine automatische Konsultation der Kirchen und Religionsgemeinschaften durch die politischen Institutionen, wenn ihre Interessen durch europäische Gesetzgebung betroffen sein könnten.

Dazu kommt, dass grundlegendes Wissen um das kirchliche Selbstverständnis, z. B. das in Deutschland verfassungsmäßig garantierte Selbstbestimmungsrecht, das kirchliche Arbeitsrecht oder die enge Kooperation von Staat und Kirche angesichts der fortschreitenden Säkularisierung schon in Deutschland immer weniger vorausgesetzt werden kann; im EU-Kontext jedoch noch weniger. Dementsprechend gilt es, die Elemente des deutschen Staatskirchenrechts als Teil der nationalen Identität begreifbar und erfahrbar zu machen und gleichzeitig zu vermitteln, dass die Stimme der Kirche im politischen Prozess eine Bereicherung des demokratischen Meinungsspektrums darstellt, keine unzulässige Einmischung.

Vor diesem Hintergrund kann nicht oft genug betont werden, wie bedeutsam es ist, dass mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zum 1. Dezember 2009 auch der Dialog zwischen Kirchen und EU-Institutionen Rechtsverbindlichkeit erlangt hat. Ohne eine enge ökumenische Zusammenarbeit und den politischen Willen, den besonderen Beitrag der Kirchen zum europäischen Einigungswerk vertraglich festzuschreiben, hätte es diesen Artikel im Vertrag über die

Arbeitsweise der Europäischen Union nie gegeben. Art. 17 Abs. 3 AEUV verleiht dem Dialog zwischen Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf der einen und europäischen Institutionen auf der anderen Seite eine neue Qualität und erkennt erstmals auf der Ebene des europäischen Primärrechts die Rolle der Kirchen als Dialogpartnerinnen an. Dort ist nämlich geregelt, dass die Union „mit diesen Kirchen (und Gemeinschaften) in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ pflegt.³ Damit schafft Art. 17 Abs. 3 AEUV eine wesentliche Grundlage für die aktive Partizipation von Kirchen und Religionsgemeinschaften bei der politischen Mitgestaltung der EU und bietet zum anderen unter Berufung auf Art 17 Abs. 1 AEUV die Möglichkeit, etwaige Bedenken der Kirchen im Hinblick auf ihr Selbstbestimmungsrecht auf politischer Ebene zu Gehör zu bringen. Absatz 1 legt fest, dass „die Union den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, achtet und ihn nicht beeinträchtigt“.

Schon zur Zeit des europäischen Verfassungskonvents hatten die Kirchen stets im Blick, dass sie zur Wahrnehmung ihres Öffentlichkeitsauftrags institutioneller Bedingungen bedürfen. Sie waren deshalb sehr daran interessiert, dass gewachsene und bewährte Strukturen des Staatskirchenrechts erhalten bleiben und auf europäischer Ebene Strukturen entstehen, die das kirchliche

Wirken ermöglichen und fördern. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Kirchenartikel zeigen, dass es gelungen ist, derartige Strukturen zu schaffen, auch wenn gewisse Herausforderungen bestehen bleiben. Festzuhalten bleibt aber auch, dass es ohne den politischen Willen der EU-Mitgliedstaaten den Kirchenartikel nicht hätte geben können. Die EU hat sich in ihren Verträgen eben nicht für das französische Modell der *laïcité* entschieden und das Religiöse aus dem Öffentlichen Raum verbannt, sondern will bewusst ansprechbar sein auf den „besonderen Beitrag“ der Kirchen und Religionen, wie er in dem „Kirchenartikel“ charakterisiert wird.

Zwar standen auch vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Kirchenvertreter*innen und EU-Vertreter*innen bereits in einem regen Austausch, aber der Kirchenartikel sendet das wichtige politische Signal, dass dieser Dialog auch künftig politisch gewollt und seine Spezifität, etwa in Abgrenzung zum Dialog mit der Zivilgesellschaft nach Art. 11 AEUV auch rechtlich anerkannt ist. Darin manifestiert sich auch der Wunsch des vormaligen EU-Kommissionspräsidenten Jaques Delors, „Europa eine Seele“ zu geben. Da die Ausgestaltung des Dialogs auch immer von den Dialogpartner*innen abhängt, bleibt Art. 17 AEUV eine Chance für die Kirchen, ihr europäisches Profil durch konkrete Vorschläge und Eigeninitiativen zu schärfen.

³ Wortlaut online: ris.bka.gv.at/10008049 (abgerufen 16.8.2022).

Der Dialog existiert aktuell in mehreren Spielarten:

Seit 2005 lädt die EU-Kommission zu sog. „High-level Religious Leaders' Meetings“ ein. Derzeit ist EU-Kommissions-Vize-Präsident Margaritis Schinas im Team von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für den Dialog mit den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zuständig. Die bisherigen hochrangigen Dialogtreffen fanden 2020 und 2022 pandemiebedingt virtuell statt zu den Themen: die „europäische Art zu leben“ vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie, des islamistischen Terrors und der anhaltenden Debatte um eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik sowie zur Konferenz zur Zukunft Europas.

Die jährlichen hochrangigen Dialogtreffen senden ein deutliches Signal der Geschlossenheit in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen an die Öffentlichkeit und haben sich als anregende Austauschplattform bewährt. Allerdings ist seit der Juncker-Kommission die Zuständigkeit für den Dialog an einen jeweiligen Vizepräsidenten der Kommission delegiert, was Fragen nach der Relevanz des Austauschs für die Kommissionsspitze aufwirft. Die Vor- und Nachbereitung der Treffen könnte zudem noch intensiver und nachhaltiger sein, auch was die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betrifft. Zudem ist das virtuelle Format für einen vertieften Dialog nicht wirklich förderlich, ebenso wenig hat sich die Erweiterung des Kreises um Vertreter*innen der Weltanschauungs-

gemeinschaften bewährt. Für Ende 2022 ist ein weiterer Dialog zu den Auswirkungen des Ukrainekriegs avisiert.

Auf der Ebene der Kommission gibt es das Amt des Koordinators bzw. der Koordinatorin für den Dialog zwischen der Europäischen Kommission und Kirchen, religiösen Vereinigungen oder Gemeinschaften, weltanschaulichen und nicht-konfessionellen Organisationen. Es wurde mit dem Amtsantritt von Jean-Claude Juncker von der Kommissionszentrale in die Generaldirektion für Justiz und Verbraucher verlegt.

Im Europäischen Parlament war seit Februar 2017 die Erste Vizepräsidentin Mairead McGuinness für den Dialog nach Art. 17 Abs. 3 AEUV zuständig. Ihr folgten nach der Ernennung von Frau McGuinness zur EU-Kommissarin ab November 2020 die Erste Vizepräsidentin Roberta Metsola und nach deren Berufung zur Präsidentin des Europäischen Parlaments im April 2022 der Erste Vizepräsident *Othmar Karas*.

Vizepräsidentin Mairead McGuinness richtete im Europäischen Parlament ein sog. Art-17-Büro ein, das die Dialogveranstaltungen vorbereitet. Diese finden rund zwei Mal jährlich unter Beteiligung von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Europäischen Parlament statt. Themen sind etwa die EU-Handelspolitik, ethische Fragen der Künstlichen Intelligenz, die Konferenz zur Zukunft Europas oder zuletzt humanitäre Hilfe für die Ukraine. Dieses Format hat sich insbesondere dank des Engagements von Mairead McGuinness zu einem wirklichen Ort

des Dialogs zwischen den zuständigen EU-Parlamentarier*innen und Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsvertreter*innen entwickelt. Die personellen Ressourcen für den Dialog sind im Europäischen Parlament ebenso wie auf der Ebene der EU-Kommission allerdings ausbaufähig, viel hängt von dem persönlichen Engagement der zuständigen Politiker*innen ab.

Darüber hinaus treffen sich die Konferenz der Europäischen Kirchen (KEK) und die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) halbjährlich mit Vertreter*innen der derzeitigen oder künftigen EU-Ratspräsidentschaft. In der Vergangenheit fanden zudem ein- bis zweimal jährlich sogenannte „Dialogseminare“ zwischen der Europäischen Kommission und den Kirchen zu ausgewählten EU-bezogenen Themen wie Migration, Bildung oder Klimawandel statt. Diese Praxis ist aber pandemiebedingt zum Erliegen gekommen und noch nicht wieder aufgenommen worden.

Schließlich gibt es zu dem gesamten Themenspektrum kirchlicher Arbeit den direkten Kontakt mit der Arbeitsebene. Es war insbesondere der EKD immer ein wichtiges Anliegen, möglichst viele Zugangsmöglichkeiten für den Dialog zu bewahren, und sich nicht nur durch zu formalisierte Strukturen auf eine bestimmte Ansprechpartnerin oder einen bestimmten Ansprechpartner in der jeweiligen Institution festlegen zu lassen. Hier erweisen sich sowohl die Europäische Kommission als auch das Europäische Parlament als sehr offen

und gesprächsbereit. Auf der Ratsebene hat sich der Austausch mit der Ständigen Vertretung bei der EU für die EKD bewährt.

Der Austausch von Politik und Kirche ist von beiderseitigem Interesse: Die EU hat ein ureigenes Interesse an der Mitwirkung der Kirchen und Religionsgemeinschaften am gesellschaftlichen und kulturellen Leben Europas, aber auch an dem kirchlich-diakonischen Beitrag im Bereich Bildung und zu grundlegenden sozialen Diensten. Die Kirchen tragen mit ihrem Engagement zum sozialen Zusammenhalt bei, befördern in ihrem grenzüberschreitenden ökumenischen Miteinander den Gedanken der Völkerverständigung und setzen sich u. a. in ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit für die europäischen Werte der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. In den Kirchen haben die EU-Institutionen damit einen kritisch-konstruktiven Partner, um die europäische Integration zu befördern und ein wertebasiertes Europa zu verwirklichen.

Die Kirchen wiederum sind auf die Offenheit des politischen Gemeinwesens für ihre Impulse angewiesen und brauchen in ihm einen verlässlichen Partner zur Umsetzung gesellschaftlicher Projekte – nicht zuletzt durch Kenntnis und Akzeptanz ihrer spezifischen Verfasstheit und durch politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die ihrem Wesen und Auftrag angemessen sind. Der regelmäßige Dialog auf den unterschiedlichen Ebenen trägt dazu bei, dass dafür notwendige Verständnis zu schaffen und zu erhalten.

Eine große Herausforderung für die politische Zukunft wird darin liegen, Europa näher an die Menschen zu bringen. Wenn es darum geht, das europäische Wertefundament auszuformen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, verstehen sich die Kirchen als Partnerinnen der Politik. Die Kirchen der Reformation sehen nach der Barmer Theologischen Erklärung ihren Auftrag darin, die Politik an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten zu erinnern. Nicht zuletzt deshalb ist der Dialog zwischen den Kirchen, Religionsgemeinschaften und den EU-Institutionen wichtig, auf der Arbeitsebene wie auf der Spitzenebene.

Aktuelle Herausforderungen für die EU

Die Pandemie ist ein Stresstest für die europäische Solidarität und den Zusammenhalt. Die Gesundheitskrise hat die Interdependenz europäischer Wirtschaften und ihre Verletzlichkeit, aber auch die Verwundbarkeit des Gesundheitssektors in vielen Ländern vor Augen geführt. Sie hat ein Schlaglicht auf soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeit in der EU gerichtet. Gleichzeitig haben die zeitweiligen Grenzschießungen den Europäerinnen und Europäern eindrücklich vor Augen geführt, welche bedeutende Errungenschaft die europäische Einheit, insbesondere die Schaffung des Schengenraums darstellt, in dem die offenen Grenzen die Freizügigkeit von Menschen, Gütern und Dienstleistungen ermöglichen.

Nachdem zunächst die Nationalstaaten am Zug waren, gewann schließlich

das europäische grenzüberschreitende Denken und Handeln wieder die Oberhand. Ein starkes Zeichen europäischer Solidarität ging neben der gemeinsamen Impfstoffstrategie vom Ratsgipfel im Juli 2020 aus, als sich die europäischen Staats- und Regierungschefs nach zähem Ringen auf einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen sowie einen zusätzlichen Aufbaufonds unter dem Namen NextGenerationEU geeinigt haben, um Unterstützung für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaften nach der Überwindung der Covid-19 Pandemie zu leisten.

Die Pandemie ist noch nicht gebannt, da stellt seit dem 24. Februar 2022 nun der Krieg in der Ukraine die EU vor weitere Herausforderungen ungekannten Ausmaßes. Bislang hat die EU in der Verurteilung des völkerrechtlichen Angriffskriegs eine beeindruckende Einigkeit gegenüber Russland bewiesen und ihre Geschlossenheit gegenüber der unbeschreiblichen Aggression in mehreren Sanktionspaketen und durch Waffenlieferungen an die Ukraine untermauert.

Bemerkenswert war auch die schrittweise Loslösung von russischen Energieimporten, um die Abhängigkeit von Russland zu vermindern – mit allen Konsequenzen für die europäische Wirtschaft und Gesellschaft. Mit der einstimmigen Aktivierung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz können zudem Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in der EU schnell und unbürokratisch Aufnahme finden und in Bildung, Gesundheitssysteme und den Arbeitsmarkt integriert werden. Es wäre zu wünschen,

dass diese Art der unbürokratischen Aufnahme auch für Flüchtlinge aus anderen Drittstaaten Anwendung findet. Ebenso beeindruckend ist die humanitäre, wirtschaftliche und politische Unterstützung für die Ukraine, nicht zuletzt die Verleihung des Status von Beitrittskandidaten an die Ukraine und die Republik Moldau. Auch wenn der Beitrittsprozess noch Jahre dauern wird (und auch dauern sollte), ist dieser Schritt ein in seiner Symbolik nicht zu unterschätzendes politisches Signal, das die enge Bindung der EU zu diesen Ländern unterstreicht und ihr Streben, Teil der europäischen Familie zu sein, anerkennt.

Die Wahrnehmung der EU als Garantin für Menschen- und Bürgerrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Angesicht der kriegerischen Bedrohung führt vor Augen, dass dieses Staatenbündnis – trotz aller Mängel – weiterhin eine starke Kraft und auch Anziehungskraft entwickelt.

Allerdings zeigen sich auch immer wieder Risse, sei es beim Umfang des Ausstiegs aus russischen Gas-, Öl- oder Kohleimporten, hinsichtlich des Umfangs der Waffenlieferungen, bei verbindlichen Solidaritätszusagen angesichts der sich anbahnenden Energiekrise oder grundsätzlich in der Einschätzung Russlands und seiner Verhandlungsbereitschaft. Nicht zu vergessen, dass die hohe Inflation und die steigenden Energiepreise den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der EU gefährden und populistische und extremistische Parteien aktuell in einigen großen EU-Mitgliedstaaten

im Aufwind sind. Die EU steht also intern unter Spannung, ist aber dennoch weiterhin gefordert, auch als internationale Akteurin Verantwortung zu übernehmen. Hier stellt das Thema der Nahrungsmittelsicherheit – gerade in afrikanischen Staaten – die EU vor eine große Aufgabe. Nicht genug damit ist schließlich auch die Frage nach den richtigen Wegen zur Bekämpfung des Klimawandels ein Streitpunkt, gehen doch die Meinungen hinsichtlich der Intensität und Verbindlichkeit der Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Grünen Deals auseinander. Auch beim Thema Kernenergie gibt es diametral entgegengesetzte Positionen. Ein wichtiges Land der Eurozone, Italien, ist zudem derzeit ohne Regierung und hochverschuldet, was den europäischen Währungsraum bedroht. Ferner können die gemeinsamen Anstrengungen, dem russischen Angriffskrieg Einhalt zu gebieten, auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Herbst 2022 die Auseinandersetzung der EU um Rechtsstaatsfragen mit Ungarn und Polen in eine neue kräftezehrende Runde gehen wird.

Die EU sieht sich multiplen Krisen gegenüber, die sich teils gegenseitig bedingen, teils gegenseitig verstärken. Die Folgen des Krieges auf unsere Energie-, Klima-, Umwelt-, Agrar-, Asyl-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und nicht zuletzt den sozialen Zusammenhalt sind enorm. Die EU hat sich bislang dennoch gut behauptet. Doch ohne den Zuspruch und das Mittun aus Kirche und Zivilgesellschaft sind die Aufgaben auf Dauer nicht zu bewältigen. Das Mit-

einander im Sinne der „Einheit in vermehrter Verschiedenheit“ ist mehr denn je gefragt. Auch die Kirchen in der EU stehen daher in der Verantwortung, für den europäischen Weg einzustehen, d. h. auch für die Werte, die in Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) ausbuchstabiert sind.⁴ Konkret heißt das, dass sie der EU und ihrem Handeln bei aller Komplexität nicht gleichgültig gegenüberstehen sollten, sondern vielmehr aktiv ihren Beitrag leisten und mit gutem Beispiel voran gehen sollten: bei der Umsetzung der Pariser Klimaziele, wenn es um die Rechte von Flüchtlingen egal welcher Herkunft geht und um die Verantwortung der EU gegenüber den

Ländern des Globalen Südens, z. B. was die Achtung von Menschenrechten und Umwelt in globalen Lieferketten oder die Ernährungssicherheit betrifft. Schließlich sollten die Kirchen in Zeiten großer Transformationen angetrieben von geopolitischen Krisen und wirtschaftlicher Instabilität für gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt eintreten, die Stimme der Jugend stärker einbeziehen und Orientierung in den schwierigen (friedens-)ethischen Debatten bieten.

In einer Welt aus den Fugen rückt der Mehrwert der europäischen und multilateralen Kooperation wieder ins öffentliche Bewusstsein. Es ist auch an den Kirchen – schöpfend aus ihren ökumenischen Partnerschaften und Netzwerken –, diesen Mehrwert immer wieder deutlich zu machen. –

Das Ohr ist der Fuß in der Tür zur Zukunft

Johannes M. Modeß

Der weite Raum, auf den unsere Füße gestellt sind, ist weiter als bis zu den Außengrenzen des europäischen Kontinents. Deswegen kann kirchliches Denken und Handeln nicht an diesen Außengrenzen enden. Gleichzeitig kann eine europäische Perspektive kirchliches Denken und Handeln dann beflügeln, wenn es sonst geneigt wäre, noch enger zu werden und an landeskirchlichen oder nationalen Grenzen Halt zu machen. Die europäische Perspektive ist also wichtig und richtig, wo sie den Blick weitet. Sie kann gefährlich werden, wenn sie dazu dienen soll, auf globale Herausforderungen „nur“ europäisch zu antworten. Sie ist aber allein deswegen notwendig, weil die Menschen in Europa, die Mitglieder europäischer Kirchen sind, beeinflusst werden von dem, was auf europäischer Ebene passiert. Wie aber kann in diesem Sinne ein europäisches Christentum aussehen? Was können Kirchen zu unserem

Lebensraum Europa beitragen? Diese Fragen werden – so scheint mir – öfter implizit beantwortet als explizit gestellt. Dieser Umstand ist es, der das folgende Nachdenken motiviert und herausfordert hat.

I So nicht! Der Versuch christlich-europäischer Identitätssicherung im Blick zurück

Immer wieder wurde und wird versucht, eine christliche Identität Europas dadurch zu sichern, dass man zentrale europäische Symbole christlich auflädt. Unter den zahlreichen Legenden zur Geschichte der europäischen Flagge ist dazu besonders eine sehr interessant. Sie rankt sich um die Motive hinter der Gestaltung der Flagge, die wohl (auch dies ist umstritten) auf den Belgier Paul Michel Gabriel Lévy zurückgeht, den ehemaligen Direktor des Informations- und Pressedienstes im Europarat. Der Europarat nämlich nahm die Flagge

⁴ „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ (online: [ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40157425/NOR40157425.html](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40157425/NOR40157425.html); abgerufen 16.8.2022).

mit einem Kreis von zwölf Sternen auf blauem Grund 1955 als die seine an. 1985 wurde sie von den Institutionen der Europäischen Union übernommen.

Lévy musste sich mit den verschiedenen Vorschlägen und Entwürfen auseinandersetzen. Schon bald kristallisierten sich die Sterne als konsensfähiges Symbol heraus, allein die genaue Zahl blieb umstritten. In einem Video¹ schildert Lévy, wie verschiedene Zahlen diskutiert und schließlich abgelehnt wurden, etwa die Dreizehn-Zahl als Unglücksbringerin. Schließlich habe er, Lévy, den Vorschlag mit den zwölf Sternen gemacht und dabei zwar durchaus auch an biblische Bezüge (er nennt die zwölf Stämme Israels und die zwölf Söhne Jakobs), vor allem aber an Vollkommenheit und Vollständigkeit gedacht. Die geltende offizielle Erklärung der Flagge durch die EU setzt ebenfalls dort an und deutet die Flagge somit rein säkular.²

Die Legendenbildung machte Lévy jedoch zu einem, der nahezu hinterlistig die christliche Symbolik auf die Flagge und damit schließlich ins offizielle Europa hineingeschmuggelt habe. Im Hin-

tergrund der Legende über Lévy steht die Stelle aus Offb 12,1: „Und es erschien ein großes Zeichen im Himmel: eine Frau, mit der Sonne bekleidet, und der Mond unter ihren Füßen und auf ihrem Haupt eine Krone von zwölf Sternen.“ Wikipedia schildert das Weitere so:

„Weiterhin wird berichtet, dass Paul M. G. Lévy, ein Belgier jüdischer Abstammung, angesichts der in Leuven vorüberfahrenden zahlreichen Eisenbahnzüge, in denen die Juden von der deutschen Gestapo nach Osten [...] transportiert wurden, das Gelübde abgelegt habe, dass er, wenn er den Krieg lebend überstehen würde, zum katholischen Glauben konvertieren wolle, was er dann auch tat. Lévy, damals Direktor des Informations- und Pressedienstes im Europarat, sei 1955 an einer Marienstatue mit einem Sternenkranz vorbeigekommen. Durch die Sonne beschienen, leuchteten die goldenen Sterne vor dem blauen Himmel. Lévy habe daraufhin dem damaligen Generalsekretär des Europarates, Lodovico Benvenuti, einem venezianischen Christdemokraten, vorgeschlagen, zwölf goldene Sterne auf blauem Grund als Motiv für die Europaflagge zur Abstimmung zu stellen. Benvenuti war von dem Vorschlag begeistert und wenig später wurde der Vorschlag allgemein akzeptiert. Zuvor waren 1955 im Europarat sämtliche Entwürfe, die etwa nach dem Muster skandinavischer Flaggen ein Kreuz enthielten, von den Sozialisten aus ideologischen Gründen als zu christlich abgelehnt worden.“³

Immer wieder findet der hier ange-deutete Bezug theologischen Anklang:

In dieser Linie kann Maria (dann mit der Frau aus Offb 12,1 identifiziert) zur impliziten (Mit-)Herrscherin über Europa werden.⁴ Interessant ist an der skizzierten Legende nun nicht nur, dass diese Herleitung sich zumindest nicht mit dem späteren Selbstzeugnis des Flaggenfinders deckt, dass sie also wahrscheinlich einfach nicht stimmt. Vor allem zeigt die Legende gut die fast schon verzweifelte Strategie, die christliche Identität Europas im Rückblick und im Rückgriff auf die zentralen identitätsstiftenden Symbole der EU zu sichern. Ähnliches zeigt die kontroverse Debatte um den Gottesbezug in der (gescheiterten) EU-Verfassung und die Kompromissformulierung, die es dann in den 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon geschafft hat, die vom „kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas“⁵ spricht. Auch hier blickt der Versuch christlicher Identitätssicherung (oder das, was von ihm übrig ist) zurück in die Vergangenheit, zurück aufs „Erbe“.

Natürlich kann man so argumentieren. Natürlich steckt christliches Erbe in vielem, was Europa ausmacht. Die Frage scheint mir nur zu sein, ob diese Argumentationsstrategie für Europas Kirchen besonders ratsam ist. Wer versucht, seine Identität über die Vergangenheit zu sichern, könnte – so meine Vermutung – dieser Vergangenheit dann auch bald angehören. Häufig geht es dort, wo es um eine Verbindung zwischen Europa und „dem Christlichen“ geht, darum, sich an der Idee festzuhalten, ursprünglich wichtig gewesen zu sein. Freilich: Die Debatte um den Gottesbezug in der

Verfassung zeigt auch eine Sehnsucht nach einer bleibenden Wichtigkeit einer christlich-europäischen Grundhaltung, zugleich aber, dass diese Sehnsucht nicht mehrheitsfähig ist.

Im Übrigen halte ich es auch für problematisch, dass jene Kirchen in Europa, die so vorgehen, sich den identitätssichernden Blick zurück mit unangenehmen Partnern teilen. Die Identitäre Bewegung etwa als aktionistischer und junger Arm einer neuerechten Bewegung fokussiert den Blick zurück noch einmal anders, zeigt gerade dadurch aber die Gefahren dieser Blickrichtung exemplarisch auf. In ihrer Ideologie geht es weniger stark darum, das Christliche in Ursprungs- und Basisdokumente der EU einzuschreiben. Hier ist das Christentum stärker Pfeiler eines mit Europa mehr oder weniger identischen „Abendlandes“ und statt institutioneller Symbole werden symbolische Erzählungen von dessen *Verteidigung* wichtig. In Ikonographie und Ideologie der Identitären sind es etwa die Schlacht bei den Thermopylen⁶ und Sobieskis Sieg gegen das Osmanische Heer 1683 in Wien, die

¹ Einsehbar hier: www.cvce.eu/obj/beitrag_von_paul_m_g_levy_zur_schaffung_der_europaischen_flagge-de-6d23210b-865d-4f02-b2ca-2c30b9edo588.html (abgerufen 10.7.2022).

² Siehe european-union.europa.eu/principles-countries-history/symbols/european-flag_de (abgerufen 10.7.2022).

³ de.wikipedia.org/wiki/Europaflagge (abgerufen 10.7.2022). Dort ist auch eine weitere Legende nachzulesen, die sich um denselben biblischen Vers rankt, als Urheber der Flagge allerdings Arsène Heitz annimmt, einen Mitarbeiter des Postdienstes des Europarats.

⁴ Vgl. etwa: erzdioezese-wien.at/site/glaubenfeiern/christ/unserglaube/gottesmuttermaria/article/36204.html (abgerufen 10.7.2022).

⁵ Der Originaltext findet sich hier: eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:C2007/306/01 (abgerufen 10.7.2022).

⁶ Das Lambda-Symbol der Identitären verweist auf die Lakedaimonier (Spartaner), die sich mit einem kleinen Heer der persischen Armee unter Xerxes I. entgegenstellten. Vgl. dazu: Bruns, Julian / Glösel, Kathrin / Strobl, Natascha: *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster 42018, 269f.

von einer „christlichen“⁷ Identität Europas erzählen sollen – freilich von einer, die gegen „feindliche Invasoren“ gerettet und verteidigt wurde oder zumindest werden sollte.

Ohne nun kirchliche Versuche, das Christliche in Europa im Blick zurück zu bestimmen, mit diesen Bemühungen der Identitären auf eine Stufe stellen zu wollen, bleibt festzuhalten: Den Versuchen, die christliche Identität Europas so bestimmen zu wollen, liegt eine gemeinsame Strategie zugrunde. Und meine Vermutung lautet: Wer ständig versucht, einen Fuß in die Tür zu Europas Geschichte zu bekommen, hat neben seinem Standbein keinen Fuß mehr frei, um ihn in die Tür zu Europas Zukunft zu bekommen. Dies wäre allerdings eine andere mögliche Strategie, um sich als Kirchen und christliche Bürger*innen in Europa einzubringen.

II Geistesblitze für die Zukunft Europas?!

Doch zunächst scheint auch dieser Blick genug Enttäuschungspotential zu bieten: Dieser Fuß in der Tür zur Zukunft Europas ist für Kirchen heute keineswegs mehr eine Selbstverständlichkeit.

Ein Dokument aus jüngster Zeit macht das deutlich: Der Abschlussbericht der „Konferenz zur Zukunft Europas“.

Dieser einjährige Prozess europäischer Bürgerbeteiligung, eine „europaweite Übung in Sachen Demokratie“⁸, sammelte zwischen April 2021 und Mai 2022 in Bürgerforen und über eine mehrsprachige Online-Plattform Ideen für Europas Zukunft. Am 9. Mai 2022 wurde der Abschlussbericht vorgestellt.⁹ Religion nimmt darin nur eine marginale Stellung ein – sie kommt lediglich als zu schützendes Gut des Individuums vor. Als Motor für die Zukunftsentwicklung wird sie in dem Dokument nicht wahrgenommen. Sie ist im Übrigen aber auch aus dem Blick zurück verschwunden, denn dort, wo es um die Fundamente der EU geht, steht nun auch nichts mehr von einem religiösen Erbe, vielmehr sei die Basis „solidarity, social justice and equality“. Immerhin waren Kirchenvertreter*innen neben Vertreter*innen nichtkonfessioneller Vereine und anderen Playern der Zivilgesellschaft zu den Plenarsitzungen der Zukunftskonferenz geladen, aber es wird wohl nicht erwartet, dass Kirchen oder Religionsgemeinschaften eine tragende Rolle für die Zukunft Europas übernehmen könnten.

Jenseits dieses beeindruckenden Prozesses gibt es aber natürlich weitere Zukunftsvisionen für Europa und in gewisser Weise werden diese gerade immer stärker hörbar. So haben beispielsweise Vincent-Immanuel Herr und Martin Speer mit ihrem Buch „Europe for future“ ein beeindruckendes Portfolio von Ideen und Maßnahmen für ein zukunftsfähiges

Europa vorgelegt.¹⁰ Dass es zwischen seinen beiden Buchdeckeln gerade 95 Thesen versammelt, ist dabei kein Zufall. Die beiden Autoren beziehen ihren Untertitel dezidiert auf Martin Luther und die Reformation, die gezeigt habe „dass Ideen Kraft haben und nachhaltige Veränderungen auslösen können“¹¹. Ob sie sich auch von der Luther zugeschriebenen Idee, am potenziell letzten Tag vor dem Weltuntergang noch ein Apfelbäumchen zu pflanzen, inspirieren ließen, ist nicht sicher. Die Idee jedenfalls, Europa durch das Anpflanzen von Bäumen aufzuforsten und so der Verantwortung für die Zukunft der ganzen Welt wahrzunehmen, lässt die Apfelbaum-Geschichte anklingen.¹²

Fernab solcher konkreten Anspielungen auf Religion bzw. auf konkrete christliche Inhalte, ergibt sich aus der Sichtung der verschiedenen Sammlungen von Ideen für die Zukunft Europas ein ganz anderer Aspekt, wie die Kirchen zu dieser Zukunft beitragen können. Herr und Speer mussten viel reisen, um ihre Ideen zu sammeln, Zeit und Geld investieren, um ihre Ohren überall dorthin zu bringen, wo es sich lohnte, sie zu spitzen.¹³ Die Konferenz zur Zukunft Europas musste Stimmen über komplizierte Verfahren sammeln und Energie investieren, um Bürger*innenbeteiligung möglich zu machen. Politische Institutionen und freie Akteur*innen der Zivilgesellschaft müssen sich also methodisch zum *Hinhören* zwingen. Und sie tun dies (glücklicherweise), weil sie vom Hinhören auf Ideen und Herausforderungen Großes erwarten.

Beide Dokumente, institutioneller Zukunftsprozess und zivilgesellschaftliches Zukunfts-Buch, zeigen: Die Zukunft Europas liegt im Hinhören.

Und wo, wenn nicht da, kommen nun die Kirchen ins Spiel? Christliche Kirchen sind mit ihren Seelsorger*innen und Pfarrgemeinden überall in Europa als hörende Gemeinschaften vertreten. Kirchen haben das Ohr an allen europäischen Zukunftsfragen. Sie wissen darum, was das Schmelzen der Gletscher und das Überfluten ganzer Dörfer für Menschen bedeutet. Sie wissen, welche EU-Subventionen Landwirt*innen direkt geholfen haben und wo Existenznöte drohen. In ihren Gemeinden treffen Vielflieger*innen auf Aussteiger*innen mit minimalem CO₂-Fußabdruck. Da gibt es Menschen, die noch nie ein Handy in der Hand hatten und Vierjährige, die ein Handy bedienen können. In die Kirche kommen vielfach Abgesicherte genauso wie Unversicherte. Die Kirchen in Europa müssen ihr Hinhören nicht methodisch genau vorbereiten, sie müssen dafür nicht reisen und kein Geld investieren. Das Hinhören auf das, was Menschen in Europa beschäftigt, ist der Alltag europäischer Kirchen, ist ihr Job.

⁷ Dies gilt natürlich explizit nur für Sobieski, die Thermopylenschlacht war ja vorchristlich. Doch das Gesamtkonzept „Abendland“, das neben dem christlichen auch antikes Erbe sichern soll, spielt auch in diesem Motiv eine Rolle.

⁸ ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/conference-future-europe_de (abgerufen 10.7.2022).

⁹ Er findet sich hier: www.consilium.europa.eu/de/policies/conference-on-the-future-of-europe (abgerufen 18.7.2022).

¹⁰ Herr, Vincent-Immanuel / Speer, Martin: *Europe for future. 95 Thesen, die Europa retten – was jetzt geschehen muss*, München 2021.

¹¹ Herr / Speer, 28.

¹² Herr / Speer, 202–204.

¹³ Herr / Speer, 11–13.

Und überall in Europa sind die Dinge, die Menschen beschäftigen, Ergebnisse und Auswirkungen lokaler, nationaler, aber eben auch europäischer politischer Entscheidungen. Wenn Europas Zukunft im Hinhören liegt, sind Kirchen in Europa zukunftsfähig. Und dies gilt besonders, wenn man bedenkt, dass Kirchen und ihre Akteur*innen nicht hinhören, um Ideen zu sammeln, sondern ihr Hinhören ist Selbstzweck. Es soll grundsätzlich niemandem dienen als der Person, die darum gebeten hat, dass jemand hinhört. Weil aber die Kirchen nicht nur hörende Institutionen sind, sondern auch solche, in denen Gottes Geist weht,

können sich Kirchen auf der Basis des Gehörten mit Geistesblitzen für Europas Zukunft einbringen in die großen Debatten unserer Zeit. Geistesblitze reagieren auf die Verengungen und Grenzziehungen, unter denen Menschen leiden, mit dem Eröffnen neuer Perspektiven und mit virtuoser Grenzüberschreitung, wie der Prophet Joel es schildert (Joel 3). Ich wünsche mir Kirchen, die sich als hörende Institutionen des Geistes Gottes mit virtuoser Grenzüberschreitung im Denken in den europäischen Zukunftsprozess einbringen. Das Ohr der Kirchen ist der Fuß in der Tür zur Zukunft Europas. –

Hat die Europäische Union eine soziale Vision?

Heather Roy

Eurodiaconia hat 58 Mitgliedsorganisationen in 32 Ländern in ganz Europa. Wir sind dafür da, es diakonischen Organisationen zu ermöglichen, zusammenzuarbeiten, zusammen zu lernen und sich gemeinsam einzusetzen. Mit Sitz in Brüssel, Belgien, im Herzen des EU-Viertels, bringen wir die Anliegen unserer Mitglieder in die sozialen und wirtschaftlichen Debatten der Europäischen Union ein, in der Hoffnung auf einen effektiven systemischen und strukturellen Wandel, der allen Menschen in Europa ein würdiges Leben und volle Teilhabe in unserer Gesellschaft ermöglicht. Würde und Partizipation sind Schlüsselwörter für *Eurodiaconia*. Sie folgen aus unserem Verständnis des christlichen Glaubens, in dem die diakonische Arbeit gründet: Jeder Mensch ist nach dem Bild Gottes geschaffen – wir alle vom Garten Eden her –, um an der Verantwortung für unsere Welt und ihrer Entwicklung teilzuhaben.

Viele unserer Mitgliedsorganisationen – ob sie nun reformiert, lutherisch oder orthodox sind oder ob sie institutionell nicht an eine bestimmte Konfessionskirche gebunden sind, sich aber als christlich verstehen – erbringen soziale Dienste mit dem Ziel, diese Würde und Teilhabe zu verwirklichen.¹ Sie bieten ein breites Spektrum an sozialen Dienstleistungen an. Aber im Erbringen dieser Dienstleistungen wird auch sichtbar, was die sozialen Herausforderungen, denen sich die Menschen gegenübersehen, überhaupt erst verursacht. Daher stellen unsere Mitgliedsinstitutionen auch die „Warum“-Fragen – nicht nur die „Wie“-Fragen.

¹ Im Original: „Many of our members, whether they be Reformed, Lutheran, Orthodox or from non-denominational Christian backgrounds, provide social services with the goal of realising that dignity and participation.“ (Anmerkung der Übersetzerin, EH).

Aus dieser Erfahrung entwickeln wir unsere Lobbyarbeit als *Eurodiaconia* mit unseren Mitgliedern und bringen diese Erfahrung und die notwendigen Veränderungen in die Europäische Union ein, um auf eine Vision von Europa hinzuarbeiten, in der alle Menschen für ihren intrinsischen, von Gott gegebenen Wert geschätzt werden und niemand zurückgelassen wird.

In Krisenzeiten zeigen sich die wahren Realitäten unserer Gesellschaften und unserer politischen und wirtschaftlichen Systeme. Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 zeigte, wo die sozialen und wirtschaftlichen Prioritäten liegen, da enorme Investitionen in die Rettung der Finanzinstitute getätigt wurden, anstatt Sozialleistungen und soziale Absicherung zu stärken. Die damalige Führung der Europäischen Union machte deutlich, was die Prioritäten beim Wiederaufbau waren – zuerst die Finanzinstitute, wirtschaftliche Produktivität, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Armut und soziale Ausgrenzung würden dann als Nebenprodukt der anderen Wiederaufbaumaßnahmen angegangen werden. Diese Krise hat uns jedoch auch gezeigt, was passieren könnte, würde man angemessen in Systeme der sozialen Absicherung investieren. Die nordischen Länder schnitten in der damaligen Krise besser ab als die südlichen Länder, weil ihr soziales Sicherheitsnetz stärker war. Aber insgesamt zeigte sich: Ohne starke soziale Investitionen wird es immer Menschen geben, die durch die Lücken in unseren Sicherheitsnetzen fallen und denen unzureichende Unterstüt-

zung und zu wenig Schutz gewährt wird.

Als 2015 immer mehr Migrant*innen und Geflüchtete nach Europa kamen, wurden die Konzepte von Solidarität, Würde und Teilhabe erneut auf eine harte Probe gestellt. Die Sozialpolitik in den meisten EU-Mitgliedsstaaten hatte damit zu kämpfen – nicht nur auf praktischer, sondern auch auf politischer Ebene. Weit verbreitet waren Debatten darüber, welche Rechte Menschen, die nach Europa einreisten, im Vergleich zu der bereits ansässigen Bevölkerung hatten. Ein Großteil dieser Auseinandersetzungen wurde durch Xenophobie angeheizt und durch die Rhetorik der extremen Rechten in Europa verstärkt. Dieses „Othering“ war eine direkte Herausforderung für Würde und Teilhabe und schuf einen falschen Wettbewerb zwischen verschiedenen Gruppen in unseren Gesellschaften. Auch hier waren es unter anderem diakonische Organisationen, die einschritten.

Als die COVID-Krise im Jahr 2020 ausbrach, gab es erneut viel zu lernen.

Ende 2017 war die „Europäische Säule sozialer Rechte“ (European Pillar of Social Rights) von der EU verabschiedet worden. Sie enthält zwanzig Prinzipien, die die Sozialpolitik in ganz Europa formen und gestalten sollten. Dazu gehört der Zugang zu einem angemessenen Grundeinkommen, Wohnraum, Betreuungsleistungen und Unterstützung für Kinder. Es wurden eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet, die soziale Investitionen in allen Lebensaltern förderten, wie etwa die Kinder- und Jugendgarantien. Darüber hinaus

wurden Aktionspläne zur Integration von Migrant*innen und zur Steigerung des sozialen Wohlstands der Rom*nja und Sinti*zze-Bevölkerungsgruppen in Europa verabschiedet, und *Eurodiaconia* beteiligte sich sowohl an der Gestaltung als auch an der Überwachung ihrer Umsetzung. All dies diente als „Kompass“ (wie es in der EU bezeichnet wurde), um die Entwicklung und Umsetzung von Sozialpolitik in den Mitgliedsstaaten zu steuern.

Allerdings legte die Pandemie – wie die vorangegangene Finanzkrise – neue und andere soziale Herausforderungen offen. Es entstand digitale Armut, insbesondere bei Kindern und Familien, die mit Heimarbeit und *Distance Learning* konfrontiert waren. Einkommensverluste waren auch offensichtlich: Die am wenigsten verdienenden Menschen erhielten noch weniger. Die kurz- und langfristigen Auswirkungen der Isolation aufgrund der Ausgangsbeschränkungen zeichneten sich ab, was zu einem größeren Bedarf an Unterstützung bei der psychischen Gesundheit führte. Auch hier griffen unsere Mitglieder ein, gestalteten die Dienstleistungen neu, um der aktuellen Situation gerecht zu werden, und leisteten materielle, emotionale und spirituelle Unterstützung.

Aber eine der größten Herausforderungen war die des Pflegesektors. Unsere unterfinanzierten, unterbewerteten und personell unterbesetzten Mitglieder benötigten die Unterstützung der EU und ihrer eigenen Regierungen, um auf die Krise zu reagieren und weiterhin die erforderliche Qualität und den er-

forderlichen Zugang zu medizinischer Versorgung zu gewährleisten. *Eurodiaconia* hat intensiv mit der Europäischen Kommission zusammengearbeitet, um zu prüfen, wie die bereitgestellten Mittel die Leistungsträger erreichen könnten. Dies war äußerst schwierig. Bei vielen Mitgliedsorganisationen dauerte es lange, bis sie Unterstützung erhielten. Die Auswirkungen davon spüren unsere Mitglieder immer noch in ihren Finanzierungsvereinbarungen und in den Auswirkungen des Stresses auf ihre Belegschaft.

Dies sind die Themen, an denen wir in den letzten Jahren gearbeitet haben und die wir fortsetzen werden. Wir rufen die Auswirkungen von Krisen und politischen Entscheidungen auf schutzbedürftige Gruppen ins Bewusstsein. Wir treten für eine stärkere Anerkennung und Finanzierung sozialer Dienste ein und für die Bekämpfung der Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. In täglicher Zusammenarbeit mit der EU legen wir Belege dafür vor, was passiert und welche systemischen und strukturellen Veränderungen erforderlich sind.

Wir brauchen mehr Investitionen in soziale Absicherung, Sozialleistungen und soziale Rechte. Wir müssen unser Verständnis von wirtschaftlicher Entwicklung und Wachstum überdenken, um sicherzustellen, dass Investitionen in Menschen und Gemeinschaften im Mittelpunkt stehen und eine wirklich soziale Marktwirtschaft aufgebaut wird. Ein Bereich unserer Arbeit, den wir jetzt verstärkt entwickeln, liegt darin, wie der Zugang zu sozialen Rech-

ten durch diskriminierende Praktiken wie Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beeinflusst wird. Wer jemand ist und woher er oder sie kommt, beeinflusst, ob die Person sich uneingeschränkt an der Gesellschaft beteiligen kann, ob ihre Würde anerkannt und respektiert wird.² Wir sind in letzter Zeit in der Antirassismusbewegung auf EU-Ebene aktiv geworden, um die sozialen Aspekte in die Debatte einzubringen, und glauben, dass dies ein noch größerer Arbeitsbereich werden wird. Wir entwickeln auch unsere Arbeit zu den sozialen Auswirkungen der Klimakrise weiter – entsprechend der Erkenntnis, dass der sozioökonomische Status Einfluss darauf hat, wie widerstandsfähig jemand gegenüber extremen Wetterereignissen ist.

Damit sich jedoch wirklich etwas ändert, müssen wir politische, finanzielle und gesetzgeberische Maßnahmen auf EU-Ebene sehen. Politische und finanzielle Maßnahmen werden ergriffen, wenn auch nicht in dem Umfang, den wir gerne hätten.

Gesetzgeberische Maßnahmen sind am schwierigsten zu erreichen. Die Sozialpolitik unterliegt dem Subsidiaritätsprinzip und liegt in den Händen der Mitgliedstaaten, nicht direkt in den Händen der EU.

Die jüngsten Debatten über ein angemessenes Mindesteinkommen haben dies bestätigt: Die Mitgliedstaaten weigerten sich, der EU zu gestatten, Rechtsvorschriften über angemessene Einkommensniveaus zu erlassen, um Menschen vor Armut zu bewahren. Eine Reform der sozialen Dienstleistungen, insbesondere zur Anerkennung der besonderen Merkmale gemeinnütziger sozialer Dienstleistungen, wird vom Wettbewerbsrecht in Frage gestellt, wenn ein freier, offener und wettbewerbsorientierter Markt vorherrscht, der nicht auf Qualität und Rechten basiert. Die EU hat großen wirtschaftlichen Einfluss auf ihre Mitglieder, zögert bisher aber sehr, diesen zu nutzen, um auch sozialen Einfluss auszuüben.

Wenn wir ein Europa der Würde und Teilhabe wollen, müssen wir uns dafür kontinuierlich in der gesamten EU und in Brüssel einsetzen. Als Netzwerk bringen wir kontinuierlich die Stimmen und Erfahrungen diakonischer Akteure in die Debatte ein – wir suchen Einfluss zu nehmen, wir hinterfragen, bringen Vorschläge ein und arbeiten auf diese Vision eines Europas hin, wo niemand zurückgelassen wird.

Nicht nur Zuschauer*in sein

Was es bedeuten könnte, Protestant*in in Europa zu sein

Katerina Koci

Was heißt es, nach zwei Jahren Corona-Pandemie Protestant*in zu sein in einem immer stärker säkularisierten Europa? Ich wurde gebeten, dieser kniffligen Frage nachzugehen und gebe zu, dass sie ein gewisses Unbehagen ausgelöst hat. Protestant*innen und Katholik*innen, die beide jahrhundertlang das Evangelium der Nächstenliebe verkündigten und die Wichtigkeit gemeinschaftlichen Zusammenlebens lebten, entschieden – wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen –, sich dem *social distancing* hinzugeben.

Wenn die Corona-Krise neben allem Elend auch ihr Gutes für die christlichen Kirchen in Europa hatte, dann war es wohl die Herausforderung, die eigene Rolle zu überdenken und sich den Fragen und Bedürfnissen der Gläubigen und der Menschen insgesamt im 21. Jahrhundert zuzuwenden. Im Ganzen betrachtet glaube ich allerdings nicht, dass diese Herausforderung wirklich verstanden wurde. Stattdessen hat sich das europäische Christentum an uralten Stereotypen

festgeklammert. Die katholische Kirche blieb der Vorstellung verhaftet, unbedingt die Eucharistie verteilen zu müssen, die evangelischen Kirchen der Sehnsucht, das Wort Gottes unter das Volk zu bringen und das alles gestreamt über Youtube, Facebook und andere Kanäle. War das die ideale Antwort auf eine unvorhergesehene und beispiellose globale wie individuell-existenzielle Krise? War es das, was die Gläubigen in dieser Situation brauchten? Über weite Strecken blieben gerade die bedürftigsten Mitglieder unserer Gemeinschaften – die Älteren, die Einsamen, die sozio-ökonomisch Benachteiligten – allein und verängstigt zurück.

Ich behaupte nicht, ich hätte eine bessere Antwort parat, nicht einmal jetzt im Rückblick. Wie viele andere, die nicht in der Position waren, schwierige Entscheidungen zu treffen oder zu beeinflussen, trat ich enttäuscht die Flucht in den engsten Familienkreis an.

Das vergangene Osterfest bot mir dann allerdings die einzigartige Gelegenheit,

² Im Original: „Who you are and where you have come from influences your ability to fully participate in society and have your dignity recognised and respected.“ (Anm. der Übersetzerin, EH).

mich daran zu erinnern, was es heißt, eine protestantische Christin zu sein und daran, auf welche Weise die Reformation Europa in seiner sozio-politischen, kulturell-philosophischen und religiösen Entwicklung bereichert hat. Diese Erfahrung wurde ausgelöst durch zwei Ereignisse auf einer Reise nach Dresden.

Die erste Erinnerung war eine Aufführung von Bachs Matthäuspasion in der Kreuzkirche. Ich dachte über die Ursprünge des Wortes „Passion“ nach, die in den romanischen Sprachen offener zutage liegen als im Deutschen oder Englischen. Denn während im Englischen mit dem Wort „Passion“ Leidenschaft und Inbrunst anklängen, kommt in den romanischen Sprachen zumindest teilweise auch der Bezug zur „Geduld“ (*patience, paciencia...*) zum Tragen. Und das passt durchaus zu dieser für Europäer*innen des 21. Jahrhunderts eher unüblichen Praxis, sich ein dreistündiges Oratorium anzuhören. Unser Geduldslevel ist wohl deutlich niedriger als das der Menschen noch vor wenigen Jahrzehnten, weshalb wir lieber „Best of Bach“-Konzerte (o. ä.) besuchen. Wir haben schlicht nicht die Geduld, drei Stunden zu sitzen und etwas Ungewohntem zu lauschen.

Zu wenig Geduld: Während die Behörden in der Ukraine immer größere Zahlen von zivilen und militärischen Opfern melden, lässt die Unterstützung westlicher Länder für die Menschen in der Ukraine bereits wieder nach. Europäer*innen leiden unter Mitleids-Fatigue. Zwar gestört und verstört vom Leid anderer, sind sie doch müde, gelangweilt und überflutet von Informationen und

Bildern toter ukrainischer Soldaten auf ihren Bildschirmen: Sie haben die Geduld mit diesem Krieg verloren.

Aber das sollte nicht so sein. Christ*innen sollten vom Leid anderer niemals ermüden und niemals davon gelangweilt sein. Schließlich haben sie doch viel Erfahrung damit, die Passion Jesu Christi immer wieder neu zu verstehen, zu interpretieren und sie sich immer wieder neu vor Augen zu führen. Gerade die protestantische Tradition legt viel Gewicht auf die einzelnen Gläubigen und ihre Verantwortung vor Gott.

Die zweite Erinnerung erwischte mich am nächsten Tag nebenan in der Frauenkirche. Die Liturgie dort war zurückhaltend und dennoch kraftvoll. Die Predigt kreiste um eine zeitlose Frage: „Wie verstehen wir das Leiden und den stellvertretenden (Opfer-)Tod und wie betrifft uns das alles in unserem eigenen Kontext?“ Zweifelsohne eine sehr direkte Frage und keine leichte. Wie können wir Geschichten verstehen und von ihnen betroffen sein, die uns jedes Jahr aufs Neue erzählt werden (die Passion, die Geburt Jesu usw.), ohne von ihnen gelangweilt zu sein?

Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine ist die Frage des Sterbens für andere in Europa allzu relevant geworden. In Dresden angekommen, las ich die Nachricht, dass das Bundesland Sachsen 40 000 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hat, genauso viele wie ganz Österreich zur selben Zeit. Der Gedanke an die Ukraine lag damals dauernd nahe. In ihrer Predigt sprach die Pfarrerin in der Frauenkirche vom Groll einer Geflüchteten, der ihr in einem Gespräch

entgegengebracht wurde: „All dieses Leiden und das Opfer für andere ist Unsinn! Ich möchte nicht, dass jemand für mich oder an meiner Stelle stirbt. All das Sterben ist falsch und es wird nie aufhören!“ Die Pfarrerin antwortete auf unerwartete Weise auf die Bemerkung dieser tief frustrierten Ukrainerin: „Du hast recht. Es wird nie aufhören. Aber vielleicht ist die Lektion, die wir lernen müssen nicht die, dass der Tod für andere weitere Tode verhindert, sondern dass er uns aus unserer Lethargie aufwecken muss, dass uns der Tod anderer nicht kaltlassen kann, nicht langweilen kann, nicht ermüden kann und dass wir niemals Zuschauer*innen bleiben dürfen! Vielleicht geht es darum, dass Christus nicht für uns „gute Christ*innen“ starb, die alles verstehen und ihn nie wieder ans Kreuz bringen würden, sondern für uns „schwache Menschen“, die danebenstehen und nicht eingreifen.“

Der tschechische Philosoph Jan Patočka ist für sein Konzept der „Solidarität der Erschütterten“ (*solidarita otřesených*) bekannt geworden. Es steht im Kontext der extremen Erfahrung, dass Menschen sterben / sich selbst opfern, um mit diesem Akt gegen ein totalitäres Regime zu protestieren – in Patočkas Zeiten: gegen das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei.¹

Patočka wusste genau, dass die Mehrheit eine schweigende ist und immer bleiben wird. Am Ende spielt es keine Rolle, ob das Schweigen der schweigenden Mehrheit durch Angst oder Indifferenz motiviert ist. Das Ergebnis ist dasselbe. Im Grunde genommen bedeutet dieses

Schweigen: Die schweigenden Zuschauer*innen halten die totalitären Regimes am Laufen – oder wie Václav Havel in seinem gleichnamigen Aufsatz schrieb: die „Macht der Machtlosen“². Dieselben Zuschauer*innen, die erst „Hosanna“ schrien und dann „Kreuzige!“, haben zu Christi Kreuzestod geführt, haben ihn sterben sehen und gingen anschließend nach Hause, als wäre nichts geschehen. Es waren nicht notwendigerweise schlechte Menschen, nur solche, die Christi Tod nicht zu sich sprechen ließen.

Die Solidarität der Erschütterten hingegen meint jene, die den Protest verstehen, der hinter dem stellvertretenden Tod steht. Sie meint jene, die keine Zuschauer*innen bleiben; jene, die angesichts des Leidens anderer nicht ermüden oder abstumpfen; jene, die um die Wichtigkeit widerständiger Gemeinschaften wissen und sagen: „Nicht in unserem Namen!“

Diese Karfreitagliturgie und -predigt in der Dresdner Frauenkirche – eine sehr Patočka'sche Predigt muss man sagen (wenngleich Patočka sich selbst nicht als Christ bezeichnete) – hat mir gezeigt, oder mich daran erinnert, was es heißt, Protestant*in in Europa zu sein. Für mich zumindest bedeutet es mehr als alles andere: nicht nur Zuschauer*in zu sein. _

- ¹ Am 16. Jänner 1969 verbrannte sich Jan Palach am Prager Wenzelsplatz als Zeichen des Protests gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings. Bis 4. April 1969 wählten mehrere junge Menschen in der Tschechoslowakei den Suizid als Zeichen des Protests, zwei davon wie Palach die öffentliche Selbstverbrennung.
- ² Deutsch: Václav Havel: *Versuch, in der Wahrheit zu leben*. Reinbek 2018 (1.A. 1989). Originaltitel: *Moc bezmocných*, „Die Macht der Machtlosen“, verfasst 1978.

Ein Stück Lebenserfahrung

Vom Aufbrechen und Ankommen

Helene Lechner

Vertrautes Leben hinter sich lassen und einen Neuanfang wagen; um ein Stück Heimat froh sein und neue Beheimatung suchen: Mein Aufbruch ins mir bis dahin unbekannte Marburg (D), um gegen Ende meines Studiums zwei Semester an der dortigen Philipps-Universität zu studieren, hat mich einmal mehr erfahren lassen, was es heißt, zumindest für eine Weile in einer Welt von Nicht-Selbstverständlichkeiten leben und im Unvertrauten Orientierung finden zu müssen und dabei auf geöffnete Türen und das herzliche Willkommen anderer angewiesen zu sein. Denn Kontakte und Begegnungen, von denen man zehrt, stellen sich für Ankömmlinge im Neuen meist nicht automatisch ein, sondern müssen, ganz im Gegenteil, oft aktiv gesucht und hergestellt werden. Kultur und Sprache verstehen sich dabei nicht immer von selbst. Und während Menschen in aller Regel mit Erwartungen und Hoffnungen in ihrem neuen Leben eintreffen, erhofft und erwartet sich umgekehrt erst einmal

niemand etwas von ihnen. Ob ein Ankommen über ein bloßes Da-Sein hinaus auf erfüllende Weise möglich sein kann, steht unabsehbar lange auf eigenartige Weise in Frage und das eigene Selbst dadurch auf unsichererem Boden.

Ich habe noch einmal deutlich erfahren: Das Bedürfnis, gekannt und verstanden zu werden, sucht nach Antwort im anderen. Jemanden bewusst wahrnehmen als die Person, die sie momentan ist; sich bemühen, nicht nur zu sehen, sondern auch zu verstehen, wer denn hier vor dir steht, weil dieser Mensch – so wie alle Menschen – gerade auch vom Gesehen- und Verstandenwerden lebt – das habe ich in meiner Zeit in Marburg aus zwei Perspektiven erlebt. Einmal mehr habe ich in den fragilen Begegnungen des Anfangs mit meinen Kommiliton*innen erfahren, wie durch gegenseitiges Geben und Nehmen auch im Neuland nach und nach Vertrauen wachsen und Beheimatung werden kann und wie ein Mensch in dieser tastenden

Dynamik des Hin und Her herausgefordert ist, Gebende*r und Empfangende*r gleichermaßen zu sein.

Diese Erfahrung ist mir auch für meine Praxis als Gemeindepfarrerin wichtig geworden und mir war daran gelegen, den Menschen, auf die ich nach dem Gottesdienst, am Rande einer Veranstaltung, rund um den Unterricht, auf meinen Wegen im Gemeindegebiet oder in seelsorgerlichen Zusammenhängen getroffen habe, mit bewusst freundlicher Offenheit zu begegnen und so gut wie möglich aktiv auf diejenigen zuzugehen, die nach meinem Dafürhalten als momentan vulnerable Personen über das Entgegenkommen anderer froh sind. Den Blick der bewusst Sehenden einzunehmen, die bereit sind, danach zu fragen und begreifen zu wollen, wer die neu angetroffene Person denn momentan ist, wo sie denn herkommt und was sie sie aktuell bewegt, was von ihr verstanden werden kann oder soll und was sie möglicherweise braucht, betrachte ich als wichtigen Auftrag derjenigen, die in unseren Gemeinden und darüber hinaus leitend und gestaltend unterwegs sind und als Möglichkeit, manch gefühlter Verlorenheit des Anfangs entgegenzuwirken.

I Theologischer Austausch: Grenzen über-denken

Sich selbst im Vergleich mit anderen in der deutschsprachigen theologischen Welt (neu) verorten; überprüfen, was man bisher gelernt hat durch das, was einem an der anderen Fakultät begegnet: Den Studienort zu wechseln verspricht,

eigene Horizonte im besten Fall noch einmal auf ganz besondere Weise zu erweitern. Diskussionskultur, fachliche Schwerpunktsetzungen, das Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden, der Umgang der Studierenden untereinander, kirchliche Traditionen sowie die anzutreffende theologische Vielfalt derjenigen, die während dieser Zeit aus dem gesamten deutschsprachigen Raum an dieser bestimmten Fakultät zusammen treffen, mögen sich nicht unwesentlich vom bisher Bekannten unterscheiden. Bis heute sind mir einzelne Sätze und Haltungen mancher Professor*innen oder Kommiliton*innen ganz konkret im Gedächtnis geblieben und haben zur damaligen Zeit mein eigenes theologisches Denken gleichermaßen herausgefordert und inspiriert. Umgekehrt wird man selbst – in meinem Fall als quasi einzige Österreicherin und damit „Exotin“ – da und dort ein Stück weit als „Repräsentant*in“ der eigenen Fakultät und Kirche aufgefasst und ist insofern immer wieder aufgefordert, Auskunft geben zu sollen über das, was „am Herkunftsort“ theologisch und kirchlich denn üblich ist und passiert.

Mit dem Blick über unsere Kirchen- und Landesgrenze hinaus und im Bewusstsein der kirchlichen und theologischen evangelischen Vielfalt Europas (und darüber hinaus) verstehe ich mich auch heute als Geistliche Amtsträgerin unserer Evangelischen Kirche A. B. in Österreich ganz bewusst als eine von vielen evangelischen Theolog*innen je spezifischer Herkunft und Prägung und schätze es, darüber mit Kolleg*innen

im Austausch zu sein. Andere in ihrem Geworden- und So-Sein zu achten und so weit wie möglich Verständnis dafür zu entwickeln, was ihr Denken und Tun inspiriert und ausmacht, scheint mir angesichts einer gegenwärtig in vielen Bereichen stark polarisierten und gleichzeitig vernetzten Gesellschaft auch für theologische Auseinandersetzungen sowie Zusammenleben in Gemeinde und Kirche besonders wichtig zu sein.

II Vernetzung, die bleibt

Wenn ich heute auf Studienreise in Deutschland bin, kann ich mich bei einer ehemaligen Kommilitonin aus meiner Marburger Zeit melden, die kürzlich in Berlin ordiniert worden ist. Gleichzeitig verfolge ich kontinuierlich den Werdegang einer weiteren Studienfreundin in Mecklenburg-Vorpommern und freue mich, mit einem Kollegen aus Greifswald, den ich wiederum aus Studientagen in

Wien kenne, zu ihrer Hochzeit geladen zu sein. Immer wieder bin ich auch in Kontakt mit einem lieben Kollegen von damals, der heute als Theologe in Heidelberg tätig ist; ein anderer ist gegenwärtig Teil der österreichischen Kolleg*innen-schaft. In den sozialen Medien und theologischen Publikationen erkenne ich mittlerweile das eine oder andere Gesicht, den einen oder anderen Namen wieder von Menschen, mit denen ich damals Studienort und -zeit geteilt habe.

Bei aller Entgrenzung, die ein Studium im Ausland möglich macht, ist es deshalb immer wieder überraschend, wie sehr die Evangelische Welt über Grenzen hinweg doch vernetzt ist, Einzelne darin über Jahre im Bewusstsein und einander gewogen bleiben und als Gestalter*innen von Theologie und Kirche(n) von Begegnungen aus der Vergangenheit über die Gegenwart für die Zukunft voneinander profitieren können.

Evangelische Diaspora und Europa

Ein Beitrag aus der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa

Marcus Hütter

„In der Minderheit zu sein, betrifft viele evangelische Kirchen in Europa und auf der ganzen Welt. Manche Kirchen befinden sich schon viele Jahrzehnte in dieser Situation, für andere Kirchen ist es eine neue Herausforderung und andere sehen sich im Übergang hin zu einer Minderheitenexistenz.“ Mit diesen Sätzen beginnt die Zusammenfassung des 2018 erschienenen Studiendokuments der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zur Theologie der Diaspora. Angesichts der Minderheitsrealität der meisten evangelischen Kirchen in Europa und der Entwicklung der Kirchenmitgliederzahlen – auch in den großen Landeskirchen – beschloss die Vollversammlung der GEKE 2012 in Florenz, dass dieses Thema im Rahmen eines Studienprozesses theologisch bearbeitet werden müsse.

Unter dem Titel „Beziehungsreichtum – die Diaspora der Kirche als gemeinsame Aufgabe“ erschien nun die

neue Ausgabe des *focus*-Magazin der GEKE.² Das zunächst auf Deutsch, Englisch und Französisch erschienene Magazin nimmt auf 28 Seiten Ergebnisse des 2018 von der Vollversammlung in Basel entgegengenommen Studiendokuments auf – und entwickelt diese entschieden weiter. Evangelische Kirchen in Europa sollen dadurch unterstützt werden, ihre – vielleicht gerade auch erst werdende – Minderheitssituation theo-

- ¹ Fischer, Mario / Rose, Miriam (Hg.): *Theologie der Diaspora. Studiendokument der GEKE zur Standortbestimmung der evangelischen Kirchen im pluralen Europa.* Wien 2019, 8.
- ² GEKE (Hg.), *Beziehungsreichtum – die Diaspora der Kirche als gemeinsame Aufgabe.* In: *focus* 30 (2022), 1–28. Diese Ausgabe des *focus*-Magazins wurde von Marcus Hütter erarbeitet (Autor). Bei dem nun folgenden Text handelt es sich um eine gekürzte Version der Ausgabe des *focus*-Magazins der GEKE. Vor allem der dritte Teil ist hier nicht enthalten, in dem ausgewählte Beispiele aus GEKE-Mitgliedskirchen aus verschiedenen Teilen Europas – auch aus Österreich – dargestellt werden.

logisch zu reflektieren, um ihre Chancen und Möglichkeiten wahrnehmen zu können, in der Nachfolge Jesu Christi in der Welt gemeinsam Kirche zu sein. Das Angebot zur Selbstreflexion und der Impuls wendet sich dabei in erster Linie an Pfarrer*innen, Pfarrgemeinden und Personen in kirchenleitenden Funktionen. Die dort und hier entwickelte Konzeption eines theologischen Diasporabegriffs versucht dabei Folgendes zu leisten:

- Das Diasporaselbstverständnis soll einen produktiven und kreativen Umgang mit den Herausforderungen auch als werdende Minderheitskirche ermöglichen. Damit soll auch ein hoffnungsvoller Blick auf die Existenz als Minderheit eröffnet werden.
- Die Stärke des theologisch konzipierten Diasporabegriffs liegt in seiner *bildlich-wegweisenden Aussagekraft*. Ein entsprechendes Diasporaselbstverständnis kann dabei sowohl der Bestimmung der Kirche Jesu Christi als auch aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen und Problemen besser gerecht werden als ein mitunter negatives Minderheitsnarrativ.
- Da die Diasporakonzeption von der Vorstellung der Einheit der *Kirche Jesu Christi* erfüllt ist, verbindet das Diasporaselbstverständnis die Kirchen in Europa mit- und untereinander und führt die Gemeinsamkeit der Kirchen in der Welt vor Augen.
- *Ein gemeinsames Selbstverständnis als Diaspora* kann so auch zum Erfahrungs- und Ideenaustausch unter den Kirchen führen, da die Erfahrungen und das Handeln anderer Kirchen

in ihren Minderheitssituationen als Ressource für alle begriffen werden können.

I Von der Sorge zur Hoffnung – vom Minderheitsgefühl zur Diasporaexistenz

Kirchen auf dem Weg zur Minderheit – oder auch schon dort

Als evangelische Kirche eine Minderheit im eigenen Land zu sein, ist nicht die Ausnahme in Europa – es ist der Normalfall. Je nach Definition leben in Europa zwischen 450 und 800 Millionen Menschen. 50 Millionen Menschen gehören einer evangelischen Kirche an, 21 Millionen allein in Deutschland. Die meisten protestantischen Kirchen leben in ihren Ländern oft schon längere Zeit in einer Minderheitssituation, manche schon immer, andere erst seit kürzerer Zeit, und wieder andere Kirchen befinden sich auf dem Weg dorthin. Der Protestantismus in Europa ist ein Minderheitenphänomen – und er wird es für absehbare Zeit wohl auch bleiben.

Zukunftssorgen und Existenzängste von Kirchen

Aufgrund von beschränkten Mitteln und mangelnden Ressourcen prägen zuweilen Sorgen um die Zukunft und ein nervenraubender Umgang mit Problemen und Herausforderungen das Leben und den Alltag einer Minderheitskirche. Die geringe oder kleiner werdende Zahl an Mitgliedern, große und größer werdende Einzugsgebiete einzelner Gemeinden, knappe oder knapper werdende Finanz-

mittel – all das sind Sorgen und Probleme, von denen alle protestantischen Kirchen in Europa ein schwermütiges Lied singen können. Die Minderheitssituation kann als existenzbedrohend wahrgenommen werden.

Mehr als bloß ein Faktum: Der Minderheitenblues

Eine Minderheit zu sein oder auch eine Minderheit zu werden, mag eine Realität sein – ein soziologisches Faktum. Sich selbst als (werdende) Minderheit zu bezeichnen und zu fühlen ist aber oft mehr als das: Damit kann eine Wertung verbunden sein – und zwar eine negative! Dann macht das Faktum, eine Minderheit zu sein oder zu werden, etwas mit dem eigenen Selbstbewusstsein, mit dem eigenen Selbstbild. Dann prägt es die Einschätzung der eigenen Chancen und Fähigkeiten, mit der eigenen Rolle im Land und der möglichen Relevanz für Menschen und für die Gesellschaft – ja mit der Freude und Lust auf die Zukunft.

Der Begriff „Minderheitskirche“ reduziert die Kirche auf Zahlenverhältnisse und qualifiziert das eigene Dasein tendenziell defizitär. Da ist etwas klein, wenig – da wird etwas kleiner und unbedeutender. Da verliert etwas immer mehr an Wert und Bedeutung und wird immer mehr abgedrängt. So sehen sich Minderheiten zuweilen unter Rechtfertigungszwang der eigenen Existenz, auch gegenüber der größeren Mehrheitsgesellschaft.

„Minderheit“ ist eigentlich und zunächst eine neutrale soziologische Beschreibung. Zugleich kann damit eine

negative Wertung, eine negative Selbstwertung verbunden sein. Potentiell kann daraus ein mächtiges gruppenpsychologisches Narrativ werden, das in der Kirche um sich greift. Sorgen und Ängste, Resignation und Lethargie, Mutlosigkeit und Verbitterung sind dann oft Folgen eines Minderheitsgefühls. Möglicherweise spielen auch Trauer um nicht vorhandene oder verlorene Einflusspositionen und personelle wie finanzielle Möglichkeiten hinein, nicht selten gepaart mit einer Ablehnungshaltung gegenüber anderen außerhalb der Kirche.

Die Minderheitssituation im Blick: Problemzentriert oder chancenorientiert?

Es gibt mehrere Möglichkeiten, mit der Situation der Kirche in Europa umzugehen, die eigene Situation zu sehen und darauf zu reagieren – oder eben zu agieren.

Eine Möglichkeit kann als *problemzentrierter* oder auch als *problemorientierter* Ansatz bezeichnet werden. Im Extremfall vereinnahmen die Probleme und die für die eigene Existenz bedrohlich erscheinenden Herausforderungen den Fokus der Kirche. Alle Anstrengungen werden darauf zentriert, sich als Kirche zu erhalten.

Einen anderen Weg gehen *visions- oder chancenorientierte* Ansätze. Sie erkennen die Situation als (werdende) Minderheit nüchtern an. Im Fokus stehen aber der *Sinn und der Auftrag der kirchlichen Existenz in der Welt*. So sind auch nicht die Probleme und Herausforderungen für sich, sondern Sinn und Auftrag Ausgangspunkt und Mittelpunkt

aller Überlegungen für das Handeln und Verhalten als Kirche. Dafür gilt es dann, einen kreativen Umgang mit den Problemen und Herausforderungen zu finden. Und so wird nach den sich bietenden Möglichkeiten und Potenzialen gefragt, um als Kirche in der Welt zu wirken.

Ein theologisch interpretierter Diasporabegriff kann und soll zu einem solchen visions- und chancenorientierten Selbstverständnis führen.

II Die Diasporaexistenz als Bestimmung der Kirche

Für beides, für die faktischen Herausforderungen und für die mögliche Provokation des Selbstbewusstseins, gilt es Lösungen zu finden. Das vorgeschlagene Diasporaselbstverständnis wirkt genau in diese Situation hinein und kann zu einer echten Unterstützung werden. Das Potenzial, das der Diasporabegriff in sich trägt und bildhaft ausdrücken kann, liegt in einem von Sinn und Aufgabe bestimmten Blick der Kirche auf sich selbst und auf andere. Ein Diasporaselbstverständnis kann so neue Perspektiven, Handlungsmöglichkeiten und Potenziale für die Zukunft öffnen.

Diaspora dynamisch als „Einstreuung in die Welt“ verstehen

Eine positive Interpretation des Begriffs „Diaspora“ ist deshalb für ein neues Selbstverständnis gut geeignet, weil er von der Bestimmung der Kirche in der Welt ausgeht und als Bildbegriff diese ganz plastisch vor Augen führen kann.

„Diaspora“ (gr. διασπορά) trägt mit σπορά das griechische Wort für Saat / Aus-

saat bzw. mit σπόρος das Wort für Samen / Saatkorn in sich. Diaspora drückt dann die Vorstellung aus, dass die Kirche von Gott in die Welt und zu den Menschen „eingestreut“ ist (διά-σπορά – διά im lokalen Sinne), um Kraft des Evangeliums als Aussaat gute Frucht zu bringen, für sich selbst und für andere. Mit Diaspora als Einstreuung wird eine grundsätzliche Bezogenheit ausgedrückt, zwischen Kirche und Welt, zwischen Kirche und Menschheit. Denn Eingestreut-Sein betont, dass Kirche in der Welt, mitten in ihr und mit den Menschen verbunden lebt. Von Gott eingestreut zu sein, um gute Frucht für sich selbst und andere zu bringen bedeutet dann, als Einstreuung Wege zu erkunden, um in Wort und Tat Zeugin der frohen Botschaft des universalen Heils- und Liebeswillens Gottes zu sein. Beides, ihr Eingestreut-Sein und auch ihr Auftrag als Kirche, führt zu einem Leben in Beziehungen, um den Liebeswillen Gottes und daher der eigenen Einstreuung folgen zu können. So versinnbildlicht Diaspora die Sendung der Kirche in die Welt und zu den Menschen.

Das entwickelte Diasporakonzept begreift den Sinn und die Bestimmung der Diaspora in der bewussten Gestaltung von Beziehungen im Sinne der Nachfolge Christi. Dies kommt in dem Leitgedanken einer „Kirche mit und für andere“ zum Ausdruck.

Versteht sich Kirche als Diaspora – als Einstreuung in die Welt – drückt sich darin ihre Bestimmung aus. Ein positiv gewendeter Diasporabegriff kann so zum theologischen Leitbegriff für Kirchen werden. Mit dem Verständnis von „Kir-

che als Einstreuung“ kommt es dabei zu einem besonderen Verhältnis sowohl zwischen den Kirchen (I) als auch zu den Menschen in der jeweiligen Gesellschaft und zu anderen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen (II), was im Folgenden näher beschrieben wird.

Der gemeinsame Ursprung der Einstreuung: Die Kirche Jesu Christi in der Welt

Die Einstreuung und die Kirche Jesu Christi

Wenn Diaspora die Bestimmung der Kirche (Einzahl!) ausdrückt und versinnbildlicht, so ist klar, dass keine einzelne Kirche beanspruchen kann, für sich allein Einstreuung Gottes in der Welt zu sein. Kirche gibt sich ihre Bestimmung nicht selbst – sie ist ihr gegeben. Um das Evangelium von der frohen Botschaft vom Anbruch des Reiches Gottes als Heils- und Liebeswillen Gottes zur Welt zu kommunizieren, ist die Kirche Jesu Christi von Gott in die Welt eingestreut. Jede Kirche, die sich auf den Weg macht und dieser Einstreuung folgt, hat Anteil an der Kirche Jesu Christi und damit an ihrer Einstreuung. Mit dem Selbstverständnis von Diaspora ist so jede Kirche gleichberechtigter Teil einer umfassenden Gemeinschaft mit gemeinsamem Ursprung. Mit Wilhelm Dantine, einem der Väter der Leuenberger Konkordie – Gründungsdokument der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa – gesprochen: Es ist entscheidend zu sehen, „daß dem Begriff der „Diaspora“ eine Aussagekraft innewohnt, die sich nicht einschränken läßt auf die Situation kleiner konfessioneller Minderheiten inmitten fremdkonfessionel-

ler Mehrheitsumgebung, sondern die die Grundsituation der Christenheit in der Welt überhaupt anspricht“³.

Diaspora ökumenisch denken

Die Kirche Jesu Christi ist dabei in die unterschiedlichsten Kontexte und Situationen in diese Welt eingestreut. Kirchen können sich gemäß ihrer konfessionellen Traditionen und geschichtlichen Prägungen als unterschiedliche Gestalten und Ausgestaltungen der einen Einstreuung verstehen, ohne der jeweils anderen ihr Mit-ingestreut-Sein abzusprechen oder absprechen zu können. Trotz und gerade in ihren unterschiedlichen kulturellen Prägungen und auch konfessionellen Traditionen können die Kirchen über die Einstreuung ihre Verwandtschaft erkennen und bejahen. Durch die gemeinsame Einstreuung hat das Diasporaselbstverständnis eine ökumenische Grundstruktur und führt zur Ökumene. So kann ein gemeinsames Selbstverständnis als Gottes Einstreuung in die Welt einen Beitrag dazu leisten, Entfremdungen und angespannte Verhältnisse zwischen Kirchen zu überwinden, um miteinander neue Wege zu gehen. Auch können sowohl Mehrheits- als auch Minderheitskirchen durch ihre ökumenische, die eigenen Situationen transzendierende Verbundenheit erfahren, dass sie mit ihrer eigenen Situation nicht allein sind. So können Herausfor-

³ Dantine, Wilhelm, *Strukturen der Diaspora. Situation auf dem Hintergrund des österreichischen Protestantismus*. In: *EvDia* 38 (1967), 37–56: 37.

derungen anderer Kirchen wahrgenommen werden, und andere europäische Kirchen mögen vor ähnliche, vielleicht sogar vor größere Herausforderungen gestellt sein. Vielleicht wissen sie dennoch kreativ damit umzugehen – wodurch sich Impulse und Lernfelder für die eigene Situation ergeben könnten.

Potenziale des ökumenischen Diaspora-Verständnisses

Diaspora transzendiert immer auch die Situation jeder einzelnen Kirche, die eigene kulturelle und nationale Prägung. Ein Diasporabewusstsein kann somit den Blick über den Tellerrand ermöglichen, über die eigenen Kontexte und internen Logiken hinaus. Dann können die Erfahrungen und Sichtweisen anderer Kirchen zu Impulsen für das eigene Denken und auch zum Lernfeld für alle werden. Die Vielfalt der Situationen, der Erfahrungen und der jeweilige Umgang jeder einzelnen Kirche können damit zur Stärke und Ressource für andere werden. Der sich zeigende Pluralismus wird im Diasporaverständnis daher positiv aufgefasst. Mit der Perspektive von Kirche als Einstreuung und der damit einhergehenden starken Verbundenheit können *andere Kirchen* verstärkt als *Schwesterkirchen* wahrgenommen werden. Als Diaspora gilt es, die Beziehung zu den Glaubensgeschwistern zu suchen und diese Beziehungen gemeinsam aktiv zu gestalten.

Von anderen lernen, was alle betrifft:

Diasporakirchen als Avantgarde

Verstehen sich Minderheitskirchen als Diaspora im oben beschriebenen Sinne,

können sie ihre bisher gemachte Erfahrungen als Erfahrungsschatz für andere verstehen. Es wird offenbar, was sie in ihrer Situation bereits alles gelernt und geleistet haben. Sie können ihren Erfahrungsschatz anderen als Ressourcen, als Wegweisungen in ihre Zukunft anbieten. Minderheitskirchen hatten und haben hier eine Vorreiterinnenrolle, sie sind – und können sich als die Avantgarde in Europa begreifen. Und so können auch Kirchen, die sich noch in einer Mehrheitssituation befinden, hilfe- und ratsuchend zu kleineren Minderheitskirchen blicken, um von ihnen und ihren Handlungs- und Lebensweisen zu lernen:

Minderheitskirchen haben oft über lange Jahre unter Beweis gestellt, dass man auch mit geringen Ressourcen aller Art durchaus lebensfähige und lebendige Kirche sein kann.

Dabei sind sie in äußerlich oft schwierigen Situationen mit knappen eigenen Ressourcen neue Wege gegangen und haben kreativ auch andere Mittel ersonnen, um mit Herausforderungen umzugehen. Zu solch einer Suche nach einem kreativen Umgang gehörte und gehört notwendigerweise eine gewisse Offenheit und Experimentierfreudigkeit, da neue, eben noch unbekannte Wege gesucht und beschritten werden müssen.

Minderheitskirchen in ganz Europa haben dabei gelernt, dass sie nicht alles tun können und auch nicht müssen. Sie haben gelernt, abzuwägen und zu priorisieren – um sodann zielgerichtet zu agieren. Im Angesicht der wichtigen Aufgaben haben sie eigene Ressourcen eingebracht und kreativ weitere Ressour-

cen zur Unterstützung suchen müssen. Dabei gehen und gingen sie auf andere zu, versuchen mögliche kirchliche wie nicht-kirchliche Kooperationspartner*innen mit Argumenten zu überzeugen und Beziehungen und Netzwerke zu knüpfen. So schaffen sie Synergie-Effekte, um zum Ziel zu kommen.

Es geht also um *Synergie*, gr. *συνεργία* – zu Deutsch „Mitarbeit, Zusammenarbeit, Zusammenwirkung“ – zusammengesetzt aus *σύν* (mit/gemeinsam) und *ἔργον* (Arbeit/Handlung). Minderheitskirchen sind oft zu klein, als dass sie alle Arbeit allein stemmen könnten – und das muss auch nicht sein! Denn unter dem Blickwinkel von Diaspora erfüllt sich *in* Kooperation und Synergie die Sendung der Kirche.

Minderheitskirchen sind oft international gut vernetzt, tauschen sich aus und pflegen Kontakte zu anderen Kirchen in anderen Ländern, sowohl zu Mehrheitskirchen als zu anderen Minderheitskirchen. So erfahren sie sowohl Unterstützung als auch aufbauenden Beistand von außerhalb.

Minderheitskirchen haben durch die geringe Mitgliederzahl und teils große Einzugsgebiete automatisch vielfältige Berührungspunkte zu anderen und haben ihr Ohr oft näher und unmittelbarer bei den Menschen in der Gesellschaft. Sie können damit leichter *hörende Kirche* sein und die Probleme der Menschen wahrnehmen.

Minderheitskirchen haben zudem den Vorteil, dass sie *sine vi, sed verbo* – „ohne menschliche Gewalt, sondern allein durch Gottes Wort“ – leben. Ohne solche „Macht“,

und ohne um weltliche Privilegien fürchten zu müssen, können sie nur durch Argumente überzeugen – sowohl mögliche Kooperationspartner*innen als auch die verschiedenen Entscheidungsträger*innen. So kann die Diaspora *sine vi, sed verbo* die Wahrheit des Evangeliums in verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einbringen und ihre Stimme für Frieden und Gerechtigkeit erheben, ohne auf andere Interessen achten zu müssen.

Die Glaubensentscheidung angesichts der eigenen Situation

So sehr ein Diasporabewusstsein zur Ökumene führt und so sehr andere Diasporasituationen anderer Kirchen zur Ressource und zum Lernfeld werden können: Die konkrete Entscheidung, wie eine Kirche in ihrem Kontext als Einstreuung agiert, kann immer nur von ihr selbst getroffen werden.

Situationen sind mitunter vergleichbar, aber keine Situation gleicht der anderen vollständig. Die historischen, kulturellen und politischen Kontexte der Kirchen sind verschieden, sodass auf ganz unterschiedliche Ressourcen zugegriffen werden kann und unterschiedliche Notwendigkeiten und Logiken entstehen, um die eigene Einstreuung verwirklichen zu können. Manche Kirchen in Europa sind als Staatskirchen auch institutionell eng mit ihrem Land verbunden (z. B. in Dänemark), andere genießen ebenfalls weitreichende staatliche Privilegien z. B. als Körperschaften öffentlichen Rechts (z. B. in Deutschland), wieder andere sind von jeder Unterstützung der öffentlichen Hand abgeschnitten (z. B. in großen Teilen

Frankreichs). Und auch die Probleme und Notwendigkeiten der einzelnen Länder sind nicht identisch. Daher bieten sich in jeder Situation von Kirchen in den verschiedenen Ländern Europas und für Gemeinden vor Ort unterschiedliche Wirkungsmöglichkeiten. Deshalb muss eben angesichts der *eigenen, konkreten Situation* abgewogen und priorisiert werden, muss hier der kreative Umgang mit Ressourcen samt neuer Wege gesucht werden.

Kirche mit und für andere: Die gemeinsame Sendung der eingestreuten Kirche

Kirche als verbundener Teil der Welt

Gottes Liebes- und Heilswillen gilt der ganzen Schöpfung. Aus Liebe zu ihr steht er in dauerhafter und untrennbarer Beziehung zu seiner Schöpfung. So kann auch die Kirche, die sich als Kirche Jesu Christi versteht, nicht abseits der Welt stehen. In der Vergangenheit gab es aus unterschiedlichen theologischen und geschichtlichen Gründen immer wieder Bestrebungen und Strömungen, sich als Kirche von der Umwelt abzuwenden, um für sich und unter sich zu bleiben. Dem widerspricht das *Bild von der Einstreuung der Kirchen* und betont ein anderes Selbstverständnis: *Als in die Welt eingestreute Kirche* ist sie bewusst Teil dieser Welt und mit ihr untrennbar verbunden. In der Nachfolge Jesu Christi sucht sie die Verbundenheit zur Welt, bejaht ihr Eingestreut-Sein als Sendung in die Welt und zu den Menschen, um in Wort und Tat Zeugnis von dem Liebes- und Heilswillen Gottes zu geben. Als Einstreuung sieht sie

ihre Umwelt vielmehr als ihre *Mitwelt* an, und die Menschen in ihr werden für sie zu ihren *Mitmenschen*. Weder verschmilzt die Kirche als Einstreuung mit der Welt noch kann sie sich als Einstreuung Gottes zurückziehen in einen vermeintlich eigenen, kirchlichen Bereich.

Ob groß oder klein: Was macht die Kirche zur Kirche?

Lange Zeit wurde die große Mehrheitskirche stillschweigend und mitunter auch belastenderweise als gewünschter *Normalfall* der Kirche in der Welt angesehen. Ein Blick in die Geschichte zeigt aber, dass Kirche das, was ihren Sinn und ihre Aufgabe ausmacht, immer in unterschiedlichen Mehrheits- und Minderheitssituationen gelebt hat – was sich innerhalb eines Landes mitunter auch schnell geändert hat. So können Zahlen bzw. Mehrheits- oder Minderheitsverhältnisse die Bestimmung von Kirche nicht ausdrücken.

Und so kommt es mit einem Diasporaverständnis von Kirche auch nicht auf Mitglieds-Zahlenverhältnisse an. Vielmehr wird als Normalfall von Kirche aufgefasst, dass sie mit der Welt in Verbindung – und d. h. *in Beziehungen* lebt und leben will. Wird Diaspora als Normalfall verstanden, so entscheidet sich nicht an ihrer Größe, ob diese auch Kirche ist, sondern dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten in Beziehungen lebt und in diesen lebendig bleibt.

Der kirchliche Normalfall: Kirche in Beziehung
Ein Diasporaselbstverständnis ist kein naives Wunschbild – vielmehr entspricht

eine Diasporaexistenz an vielen Stellen bereits der Wirklichkeit jeder Kirche.

Gerade Minderheitskirchen leben oft in einer Polyphonie an unterschiedlichen Lebensbezügen. Sie können ob ihrer geringen Größe gar nicht unter sich bleiben und leben so im faktischen und vielseitigen Beziehungsreichtum! Dieser Reichtum zeigt sich nicht nur innerhalb der eigenen Kirche und Gemeinden. Durch ihre geringe Zahl und oft breite Ausdehnung sind sie in den verschiedensten Orten eingestreut und haben Kontaktpunkte zu anderen Kirchen und zu nicht-kirchlichen Mitgliedern in der Gesellschaft – und darüber hinaus: International oft gut vernetzt, pflegen sie Kontakte zu Kirchen anderer Länder, zu Mehrheitskirchen wie auch zu anderen Minderheitskirchen. Auf die vielfältigen Beziehungen, in denen Kirchen leben, wird durch das Bild der Einstreuung der Fokus gerichtet und so als Beziehungsreichtum sichtbar gemacht. In der Beziehungsvielfalt liegt das Potenzial und die Stärke der Diasporaexistenz. In vielfältigen Beziehungen zu leben ist daher sowohl Normalfall als auch Chance von Kirche.

Der Normalfall von Kirche: Einstreuung ist auch eine herausfordernde Aufgabe

Werden aus dem eigenen Selbstverständnis als Einstreuung heraus die Beziehungen in den Fokus genommen, dann ist die Wahrnehmung und Gestaltung der Beziehungen bleibende Aufgabe für die Kirche. Beziehungen sind nicht selbstverständlich, es benötigt Beziehungsarbeit, d. h. aktive Kommunikationsarbeit. Solche Beziehungsarbeit sowohl im In-

neren der Kirche als auch nach außen ist gleichzeitig Lebensweise und –äußerung der Kirche. Unter dem Blickpunkt der Diaspora wird sie sowohl zum täglichen Geschäft als auch zur entscheidenden Fertigkeit.

Herausfordernde und schwierige, ja bis hin zur bedrohlichen Aufgabe wird der Normalfall von Kirche dann, wenn der Beziehungswille zur Mitwelt auf wenig Gegenliebe stößt. Die Kirche Jesu Christi war und ist immer wieder in Kontexte und in verschiedene Orte eingestreut, die ihr auch offen feindlich gesinnt sein können. Diaspora als Einstreuung, der Wille und die Überzeugung eines Lebens in Beziehung und in Beziehungsfülle, ist besonders in solchen Fällen alles andere als ein Wohlfühlprogramm.

Solch schwierige Situationen sind die Realität von manchen Mitgliedskirchen der GEKE. Erfahrungen aus der Vergangenheit verschiedenster Minderheitskirchen zeigen aber auch, dass das nicht immer so bleiben muss. Kirchen werden im gegebenen Fall in der Hoffnung und im Vertrauen auf Versöhnung leben und zumindest von ihrer Seite das Mögliche tun, um zum Frieden beizutragen. Dazu gehört, dass ihr Beziehungsangebot nicht abbricht und weiterhin behutsam Chancen und Möglichkeiten zur Gestaltung von Beziehungen erspäht werden, aus dem Geist Jesu Christi heraus und als lebendiges Zeugnis des Evangeliums vom Anbruch des Reiches Gottes. Das gemeinsame Diasporaselbstverständnis kann hier zudem bestärkend wirken, wenn Schwesterkirchen anderer Länder

diesen Kirchen zur Seite stehen und im Rahmen der Möglichkeiten unterstützend tätig werden.

Lebensweise und Lebensäußerung der Kirche als Kirche mit und für andere

Wird im Selbstverständnis als Einstreuung die Welt als Mitwelt verstanden und werden Menschen als Mitmenschen angesehen, dann nimmt Kirche Anteil an den gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemen. Wenn eine Kirche ihr Eingestreu-Sein wahrnimmt, wird sie sich auch das gesellschaftliche Miteinander zur eigenen Aufgabe machen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht die Kirche dann ihren Beitrag zu leisten und Problemen, die sie selbst und andere betreffen, zu begegnen. Das tut sie aber nicht allein – das würde ihrem Selbstverständnis als Einstreuung zuwiderlaufen. Vielmehr wird sie in Beziehung zu anderen Kirchen und anderen Kooperationspartner*innen, unter Nutzung von Synergieeffekten versuchen, Lösungen zu finden. Eine Kirche, die sich ihrer Diasporaexistenz bewusst ist, betreibt in diesem Sinne immer auch Öffentliche Theologie, da sie nicht nur für sich, sondern auch mit und für andere überlegt, handelt, betet und lebt.

Es geht bei Diaspora so gesehen darum, in der Welt in Beziehungen zu leben und diese Beziehungen zu gestalten. Es geht darum, andere aufzusuchen, um *miteinander* zu gestalten, sich also gemeinsam den Problemen zu stellen. Als Diaspora setzt sich die Kirche für ein gutes Zusammenleben und besseres Miteinander ein, im unmittelbaren

kirchlichen Umfeld, in der Region, der Gesellschaft, ja auf dem Kontinent und – nicht zuletzt angesichts der Klimakrise – in der Welt, in der man gemeinsam lebt.

Diasporakirchen können in Kooperationen ihren Beitrag gemäß ihrer vom Evangelium erfüllten Überzeugung in Wort und Tat einbringen. Dies tun sie, ohne für den eigenen Standpunkt einen eigenen, privilegierten Status zu beanspruchen – und sogleich, ohne ihre Überzeugung und ihre Prägung zu verleugnen oder auch nur zu verschweigen. Sich als Einstreuung zu verstehen, bedeutet daher, Kirche für und mit anderen zu sein.

Der besondere Dienst der Kirche: Brücken bauen!

Gemäß der Überlieferung der Evangelien ist Jesus von Nazareth anderen nicht ferngeblieben. Er lebte in enger Beziehung zu Gott und zu anderen und ist auf andere Menschen zugegangen. In seinem Handeln und Verhalten hat er vielfältige Brücken errichtet, zwischen Gott und Menschen, zwischen den Menschen und nicht zuletzt hat er auch Menschen Wege zu sich selbst eröffnet. Oft genug hat er marginalisierten und entrechteten Menschen Brücken zurück ins Leben und in die größere Gemeinschaft gebaut. So kann Jesus Christus den Kirchen für ihr Handeln als Brückenbauerinnen zum Vorbild werden.

Brücken verbinden das, was getrennt ist. Sie schaffen Möglichkeiten zur Begegnung und zum Austausch. Auch Kirchen können in ihrer Beziehungs- und Kommunikationsarbeit zu Brückengeschehnissen beitragen und dabei viele

und wertvolle Übersetzungsleistungen erbringen. Als ein besonderer Dienst am bzw. an der Nächsten und an der Gesellschaft können sie so zur Vermittlung und zur Verbundenheit untereinander beitragen. Sie können so bei sozialen wie seelischen Notsituationen Einzelner oder einzelner Gruppierungen helfen und auch bei kulturellen wie politischen Konflikten vermittelnd tätig werden.

Auch Minderheitskirchen waren und sind Brückenorte vielfältiger Art, zwischen Nationen, zwischen Ost- und Westeuropa, zwischen Konfliktparteien, zwischen Konfessionen und auch zwischen Christ*innen und Nichtchrist*innen. Durch ihre vielfältigen Beziehungen und Kontaktpunkte zu unterschiedlichen Menschen und Gruppierungen können Kirchen Kontaktzonen schaffen, die zu Dialogorten werden können und so Menschen untereinander verbinden. Das Diaspora-Bewusstsein verbindet die lokale Ebene mit der globalen, die regionale mit der europäischen Ebene. Durch ihr reiches Beziehungsnetzwerk können Kirchen in Konflikten vermitteln und auf unterschiedliche nationale Perspektiven aufmerksam machen, um insgesamt evangeliumsgemäß zum Frieden beizutragen. Nicht zuletzt können Kirchen zu Brückenorten zwischen evangelischem Glauben und säkularen Lebensentwürfen werden, zwischen christlichen Lebensdeutungen und anderen religiösen Orientierungen. Diasporagemeinschaften können so gesehen als Brückenorte nicht nur Orte der Vermittlung und Begegnung, sondern auch Orte der Identitätsfindung sein.

Das gesellschaftliche Zusammenleben ist niemals nur einfach oder reibungslos. Daher braucht es viele Kräfte, die hier positiv, fördernd und integrierend wirken, für Einzelne, aber auch für verschiedene Gruppierungen in der Gesellschaft. Eine Kirche mit Diasporaselbstbewusstsein, die als Einstreuung diese Funktion aus ihrem ureigensten Selbstverständnis heraus übernimmt, kann wertvoller Teil des Ganzen werden, sowohl für Einzelne als auch für das gemeinsame Ganze.

So kann ein Diasporaselbstverständnis auch Minderheitskirchen das vielschichtige und dynamische Beziehungsgefüge, in dem sie leben, erkennen lassen und sie gleichzeitig motivieren, zu dessen konstruktiver Gestaltung beizutragen. In diesem Sinne gilt es, zu überlegen, wofür und wie sie als Kirchen bereits Brücken- und Dialogorte sind und wofür sie solche Orte sein wollen.

Brückenorte sind Diasporakirchen oft schon deshalb, weil sie mehrere Kulturen und Ethnien unter einem Dach vereinen. Wenn Kirchen nicht nur wegen der Konfession, sondern auch ob der ursprünglichen Herkunft der Mehrheit ihrer Mitglieder eine Minderheit darstellen, wird mitunter von einer doppelten Diasporasituation gesprochen. Hier wird es wichtig sein, dass diese *doppelte Minderheitssituation* nicht noch verstärkt zu Selbstabschließung und Selbstabgrenzung führen, sondern im Lichte des theologisch-fundierten Diasporaselbstverständnisses als Chance und Ressource fruchtbar gemacht werden. _

Europa und Erfahrungen

Richárd László Kádas

Als aus Ostungarn stammender ungarischer Staatsbürger, der aus einer gemischt konfessionellen Ehe kommt und versucht, seinen Dienst in Österreich zu erfüllen, nachdem er in Ostungarn (Debrecen) und Deutschland (Wuppertal, Heidelberg) studierte, denke ich öfters über Begriffe und Themen wie Europa, Christentum, Protestantismus, Reformiertsein und Mehrsprachigkeit im Kontext der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nach.

Ich muss zugeben: Ohne meine Studien in Deutschland wären sowohl meine Deutschkenntnisse als auch mein theologischer Horizont deutlich anders. Die Orte und Lehrveranstaltungen, die ich besucht habe, die persönlichen Bekanntschaften, Gespräche, Diskussionen haben ihre Spuren an meinem Leben und meinen Sichtweisen hinterlassen. Womit ich sagen will: Kommunikation, gegenseitiges Kennenlernen sind wichtige Bausteine, wenn wir miteinander auf einem Kontinent und in dieser Welt als Menschen leben wollen.

Trotz dieser intensiven Erfahrungen bin ich dieselbe Person geblieben. Haben sie keine Angst, es wird kein autobiographischer Artikel. Aber seit Jahrhunderten

zeigt sich schon, dass die Identitätsfrage unausweichlich ist. Sowohl für uns selbst als auch für die Gesellschaften, in denen wir leben.

Zur Identität gehören auch die gelebte Glaubensrichtung, Frömmigkeit und Konfession, genauso wie die Sprache, der Dialekt und weitere Bausteine der Kultur. Die gesellschaftlichen und theologischen Unterschiede sollte man nicht aus den Augen verlieren. Z. B.: Der Psalm 90 ist für ungarisch Reformierte so etwas wie eine Hymne. Außerdem sind die 150 Genfer Psalmen ein aktiver Teil der Gesangtradition in den reformierten Kirchen. So ist es in den weltweiten ungarischen Diasporagemeinden und auch in meiner Stelle in Oberwart (Felsőőr). In einem lutherischen oder unierten Kontext ist es anders. Und auch diese drei Konfessionen sind nur ein Teil des Protestantismus.

Womit ich meine: Wir können uns nicht entkoppeln davon, was wir sind und wie wir sind.

Seit drei Jahren bin ich tätig als Pfarrer in der zweisprachigen evangelischen Pfarrgemeinde H.B. (reformiert) Oberwart. Die Zweisprachigkeit – ungarisch-deutsch – ist dabei ein Teil des

Alltags. Vor 101 Jahren gehörte diese Gemeinde wie die gesamte Region und das heutige Bundesland Burgenland zu Ungarn. Die Gemeinde war ungarischsprachig, dann im 20. Jh. kam die Zweisprachigkeit. Für viele war die Gemeinde ein sicherer Hafen in den Stürmen des 20. Jahrhunderts. Etwa bei der Revolution in Ungarn im Jahr 1956.

Im 20. Jahrhundert diente die Pfarrgemeinde als wichtiger Ort des Dialogs und der Begegnung durch die berühmten „Oberwartkonferenzen“, bei denen sich – auf Initiative des damaligen Oberwarter Pfarrers und späteren Landessuperintendenten H. B. Imre Gyenge – ab 1961 west- und osteuropäische Theologen und Theologinnen treffen konnten, trotz des Eisernen Vorhangs und der angespannten politischen Lage in Europa. Man könnte sagen: Die Pfarrgemeinde Oberwart übernahm damit eine Brückenfunktion.

Eine Gemeinde als ein Hafen oder eine Brücke – schöne Bilder, die Menschen auch prägen können. Das wäre meine Vision für das Christentum im europäischen und weltweiten Kontext. Ich wäre also für eine Theologie, Kirchenpolitik und Kirchenrealität, die sichere Häfen und feste Brücken bauen. Ich wäre für Klärung der Positionen, für ehrliche Diskussionen und gegen geld- und machtgerige Lobbyarbeit, für ernste Erklärungen und gegen Fake News.

Eine aufmerksame gegenseitige Wahrnehmung und Respekt der Konfessionen untereinander, kombiniert mit ökumenischer Offenheit wären ideal. Die Botschaft des Evangeliums zu bezeugen,

kann auch bedeuten, in manchen gesellschaftlichen Fragen eine konstruktiv-kritische Stimme zu erheben.

Man sollte die genauen Bedingungen von Pfarrgemeinde, Superintendentenz / Kirchenkreis und Landeskirche immer anschauen und beachten. Mir scheint es so, dass wir heutzutage die ganze Welt und ihre Probleme auf die eigenen Schultern nehmen möchten.

Sich ständig mit globalen Problemen zu beschäftigen, kann sehr frustrierend sein. Die wiederkehrenden frustrierenden Botschaften, die bitteren Pillen, die man da schlucken muss, können uns sehr schädlich sein. Es ist wieder nicht gelungen, die Atomwaffenarsenale endgültig zu demilitarisieren, es ist wieder nicht gelungen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, es ist wieder nicht gelungen, gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen auch in Europa, irgendetwas ist wieder nicht gelungen im Bereich x, y, z.

Solche Erfahrungen, solche Botschaften können uns zu einer trostlosen Verbitterung führen, wo wir dann „zu“ sind. Unsere Ohren und Herzen, unser Geist und Seele wollen nichts mehr. Wir haben alles versucht, aber es geht nicht, die ganze Sache ist sinnlos usw. Ich glaube, wir sollen die globalen Ereignisse beachten, aber eher mehr fokussieren auf das Lokale, auf die kleinen Schritte in unserem Bereich, als Individuen und Gemeinschaften, Gemeinden.

Die Welt können wir nicht retten und erlösen. Das hat schon jemand getan. Die Kirche in Europa muss immer zentral betonen, dass hinter ihren Program-

men und Aktionen nicht ein aktueller Zeitgeist steht, sondern eine bestimmte Überzeugung aus dem Glauben heraus. Grob formuliert: Wir sind als Menschen, als Geschöpfe Gottes zuständig in einem gewissen Bereich unseres Lebens. Wir haben ein Mandat, lokal und global zu agieren und unsere Berufung zu erfüllen. Nach Mt 22,37-39 (Zürcher Bibel):

Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit deinem ganzen Herzen und mit deiner ganzen Seele und mit deinem ganzen Verstand. Dies ist das höchste und erste Gebot. Das zweite aber ist ihm gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.

Und so vielleicht können wir in unserem eigenen Wirkungsbereich Häfen und Brücken bauen.

Visionen für Europa

Lubomir Batka

Als die Slowakei am 1. Mai 2004 dem Schengenraum beigetreten ist, bin ich mit einigen interessierten Studierenden der Evangelisch-theologischen Fakultät Bratislava zur slowakisch-österreichischen Grenze gefahren. Nach der offiziellen Schließung der Grenzkontrollen sind wir gleich – ohne kontrolliert zu werden – über die Grenze gefahren. Auf der österreichischen Seite haben wir mit Almdudler angestoßen und fuhrten weiter zum österreichisch-ungarischen Grenzübergang. Dort feierten wir auf ähnliche Weise die Abschaffung der Kontrollen und dasselbe wiederholten wir nach dem ungarisch-slowakischen Grenzübergang. Mit einem guten Gefühl über die Abschaffung der Grenzkontrollen fuhrten wir mitten in der Nacht nach Hause. Es war eine Zeit, in der ich gedacht habe, dass die Grenzen in Europa gänzlich am Verschwinden sind.

Umso enttäuschender war es, allmählich wahrzunehmen, dass es auf beiden Seiten der alten „West-Ost-Linie“ noch viele mentalen Grenzen gab, die mit dem Schengen-Beitritt nicht beseitigt wurden. Nicht nur die Zeit der Migrationswelle im Jahr 2015 hat es deutlich vor Augen geführt. Noch deutlicher zeigte

es sich in Zeiten der Corona-Pandemie, wo jedes Land ganz schnell strenge Grenzkontrollen eingeführt und lange beibehalten hat: So schnell können die Grenzen wieder lebendig werden.

Wenn man mich heute nach meiner Einschätzung von der Zukunft Europas fragt, bin ich weniger naiv über die „sich aus lauter Freiheit und Begeisterung durchsetzende“ Einheit von Europa geworden. Es ist wichtig, die EU immer als eine Vision wahrzunehmen, der wir uns nähern und sich zugleich klar zu sein, dass wir an der Annäherung auch fleißig arbeiten müssen.

Als ein Thema – als pars pro toto – kann ich die Rechte der LGBTIQ+ Menschen in Europa erwähnen. Je mehr die Diskriminierung verdrängt wird, umso lauter hören wir in zentral-europäischen Ländern den Ruf nach einem „eigenen Weg“, nach dem Motto, „bloß nicht wie der Westen zu werden.“ Dabei sind es nicht nur Reste von marxistischer Propaganda über den „dekadenten Westen“, die dahinterstehen. Die großen Kirchen in Zentral-Europa sehen es nämlich genauso. Vieles von solchen Grenzziehungen merke ich auch im Leben der Kirchen in der Slowakei. In den letzten Jahren

mussten die slowakische Evangelische Kirche alle Pfarrer*innen verlassen, die über dieses Thema eine Diskussion beginnen wollten. Nur die Pfarrerin Anna Polcková in Bratislava kann – dank der Unterstützung und Deckung ihrer Gemeinde Veľký kostol – ihre Stelle noch behalten. Meiner Meinung nach ist die Tendenz in der Entwicklung in sozial-ethischen Fragen in Zentral-Europa nicht offen für Grenzüberwindung, sondern tendiert eher zur Stabilisierung von vorhanden Unterschieden.

Im kirchlichen Umfeld wäre es sinnvoll, eine ernsthafte Debatte über das Verhältnis zwischen den „Starken im Glauben“ und den „Schwachen im Glauben“ zu intensivieren. Der Apostel Paulus hat in Röm 14 und 1Kor 8,1 ff. einen christlich-ethischen Zugang gezeigt, wie mit Meinungsunterschieden in Handlungsweisen der Christ*innen umgegangen werden kann. Es ist hier nicht der richtige Platz, über diese Unterscheidung mehr zu schreiben. Diese Texte sind aber oft unterschätzt und so gedeutet, dass sie von vergangenen Problemen sprechen und daher nur historisch gelesen werden sollen. Wenn wir die Bestimmung als Schwache und Starke „im Glauben“ ernst nehmen, so wir dieser Text höchst aktuell. Vielleicht wage ich zu viel, wenn ich sage, dass in diesem Text auch eine christliche Antwort auf die Lösung von Konflikten in und außerhalb der Kirche gegeben wird.

Dennoch sehe ich die Zukunft der (protestantischen) Kirchen in Europa

nicht zu düster. Es ist offensichtlich, dass wir unsere kirchlichen Strukturen sowohl in der Slowakei als auch in Österreich nicht so wahren können, wie wir sie heute kennen. Dagegen gibt es aber Bereiche, in denen der Zugang der reformatorischen Kirchen unvermindert wichtig bleibt. Ich denke hier an das Thema der Frauenordination als ein wichtiges Thema für die Ökumene. Die reformatorischen Prinzipien sind immer noch relevant für die diakonische Praxis, für die öffentliche Theologie oder aber auch für den Zugang zur Ehe und Familie. Was ich an der evangelischen Theologie schätze, ist die Freiheit während und der Liebe zugewandte Fähigkeit über religiöse und ethische Fragen rational und evangeliumsgemäß nachzudenken und auch andere dafür zu begeistern. Theologisch gesagt, ist es die Fähigkeit, zwischen einem (moralistischen) Legalismus und einem (geistlichen) Antinomismus einen mittleren Weg zu finden. Das ist auch eine wichtige Voraussetzung für einen guten Umgang mit den Grenzen. Mit Christus können wir auch solche Grenzen überwinden, die jetzt als unüberwindbar erscheinen. Als eine konkrete Idee dafür finde ich, wenn die Gemeinden Partnerschaftsgemeinden finden, und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern auch im Ausland. Die Evangelische Pfarrgemeinde Wien-Liesing hat z. B. im Juni 2022 Bratislava besucht und möchte gerne die Partnerschaft mit der Gemeinde Veľký kostol in Bratislava stärken.

Herausforderungen für Europa

Eine polnisch-lutherische Perspektive

Jerzy Sojka

Fragen nach Chancen und Herausforderungen für Kirchen und ihre Beziehungen sowie nach ihrem Beitrag für Europa heute und morgen haben in den letzten Jahren neue Kontexte gewonnen. Die Erfahrungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine berührten unsere Realität sehr tief und forderten von den Kirchen eine unmissverständliche Antwort, um unseren Nächsten zu helfen. Aus polnischer Sicht machten sie uns auch bewusst, dass die Fähigkeit, auf solche Herausforderungen zu reagieren, nicht nur eine Frage der Ressourcen ist, über die die Kirchen als Organisationen verfügen, sei es in materieller Hinsicht oder vor allem des Beitrags ihrer eigenen Mitglieder, sondern sie hängt auch stark davon ab, inwieweit sich die Kirchen theologisch mit der heutigen Welt auseinandersetzen. Antworten auf die Bedürfnisse, die angesichts der Pandemie und dann des Krieges entstanden, erforderten nicht nur Reserven an Menschen und Material, sondern auch eine angemessene Theologie, die zeigen konnte, wie man in einer Situation zurechtkommt, in der das kirchliche

Leben, wie wir es kennen, nicht möglich war, oder angesichts der Kriegskrise, die Millionen von Opfern bei den in unserem Land erscheinenden Flüchtlingen fordert. Aus dieser Perspektive möchte ich drei Herausforderungen benennen, die die Pandemie und der Krieg zutiefst bewusst gemacht haben, und auf drei Elemente unseres evangelischen Erbes hinweisen, die helfen können, darauf zu reagieren.

Die *erste der Herausforderungen* ist die Welt, in der wir wieder einmal feststellen, dass der menschliche Glaube an die individuellen Fähigkeiten eines Menschen manchmal ein Wunschtraum ist und die Situation um uns herum von Faktoren abhängt, die sich unserer Kontrolle entziehen. Es ist eine traumatische Erfahrung für Menschen aus Europa, die daran gewöhnt sind, sich vor allem als freie Subjekte zu sehen. Gerade dieser so verstandene Streik gegen die Freiheit ist eine Erfahrung, die uns während der Pandemie tief berührt hat, als sie gezeigt hat, dass wir zum Wohle der Allgemeinheit unsere alltäglichen Aktivitäten einschränken müssen. Dasselbe gilt für den

Krieg in der Ukraine, der den Menschen in Europa nach Jahrzehnten des Friedens bewusst gemacht hat, dass die Welt, die sie kennen, nicht für immer gegeben ist. Hier erscheint aus theologischer Sicht Platz für das, was die Baslerinnen und Basler am meisten schätzten, als sie auf das Rathaus ihrer Stadt schrieben: „Freiheit ist über Silber und Gold“.

Aber sind wir in der Lage, die Freiheit zu verteidigen, wenn so viele Faktoren sie bedrohen? Diese Erfahrung erinnert uns daran, dass die theologische Botschaft der lutherischen Reformation auch eine Botschaft der Freiheit war. Im Gegensatz zu vielen heutigen Interpretationen stand jedoch nicht eine Erklärung menschlicher Macht im Mittelpunkt, sondern eine Ankündigung des Lebens durch Gottes Gabe. Ein Geschenk, das aller Logik und Begrenzung widerspricht, weil es die Schuldigen aufgrund eines Versprechens rettet. Gott gibt den Schuldigen Freiheit, damit sie frei sind, ihren Nächsten zu dienen. Diese Logik wird vielleicht am besten in Luthers Freiheitsschrift dargestellt. Dieses Freiheitsthema, das sich nicht aus der *conditio humana* ergibt, sondern ein Geschenk der Gnade ist, vermag Freiheit zu retten und wiederherzustellen, wo die menschlichen Möglichkeiten, die Wirklichkeit zu beeinflussen, dramatisch begrenzt

scheinen. Ein vielschichtiger Versuch, diese Freiheit zu analysieren, fand im Rahmen der Reflexion auf der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes 2017 in Windhoek statt¹.

Die *zweite Herausforderung* ist die enorme Komplexität der Welt. Die Vielzahl der Faktoren, die unser Erleben einer Pandemie oder Reaktionen auf eine Kriegssituation prägen, verursacht bei uns Unbehagen und die Versuchung, nach allzu einfachen Antworten zu suchen. Anne Burghardt, die Generalsekretärin des Lutherischen Weltbundes, wies in ihrer ersten Rede vor dem IWB-Rat nach ihrer Wahl darauf hin, dass die lutherische theologische Ausbildung dazu beitragen kann, allzu einfache Antworten auf komplexe Probleme zu vermeiden. Es ermöglicht ein abwechslungsreiches Denken, das sich auf verschiedene, komplementäre und oft in dialektischen Spannungsfeldern befindliche Kategorien bezieht. Ein Beispiel dafür ist etwa das Markenzeichen der lutherischen Hermeneutik, also die Auslegung der Schrift durch das Prisma der Frage nach Gesetz und Evangelium. Ein anderes Beispiel ist die Theologie des Kreuzes, die Gott *sub specie contraria* dort sucht, wo er gefunden werden will, nicht dort, wo der Mensch seinen Platz sehen würde. Schließlich gibt es die wichtige Unterscheidung zwischen den zwei Regimenten, die fragen, inwieweit wir mit der Welt um uns herum umgehen können, indem wir die menschliche Vernunft als Bezugspunkt verwenden, und wann wir mit dem Geheimnis des Glaubens konfrontiert sind, das zu uns

spricht im Wort von Gott, der selbst nach Glauben verlangt. Dieses differenzierende Potenzial evangelisch-theologischen Denkens zeigt sich etwa im GEKE-Dokument zur Erfahrung der Pandemie, das zur rationalen Einhaltung von Pandemiebeschränkungen aufruft und gleichzeitig die Religionsfreiheit kritisch hinterfragt².

Die *dritte Herausforderung* ist die Erfahrung von Teilungen. Die Frage der Einheit war immer mit der Kirche verbunden. Und die Besonderheit der evan-

gelischen Antwort auf diese Frage ist die Fähigkeit, das Wesentliche von dem zu unterscheiden, was im Raum der Freiheit liegt und eine legitime, versöhnte Vielfalt schafft. Ein solch vielfältiges Bild der Gemeinschaft ist Teil der evangelischen Reaktion auf die Pandemieerfahrung geworden³ und kann auch Hoffnung geben angesichts der Notwendigkeit der Einheit angesichts der Kriegsgefahr, deren tragische Folgen beginnen, weit über die Grenzen Europas hinaus zu wirken. _

¹ Vgl. Burghardt, Anne (Hg.), *Befreit durch Gottes Gnade*. Leipzig 2016. Und: Lutherischer Weltbund (Hg.), *Befreit Durch Gottes Gnade. Bericht der Vollversammlung*. Genf 2017, online: lutheranworld.org/sites/default/files/12a-assembly_report_de.pdf (abgerufen 5.7.2022).

² GEKE (Hg.), *Gemeinsam Kirche sein in einer Pandemie. Reflexionen aus evangelischer Perspektive*, Focus 29 (2021), 14–17.

³ A. a. O., 24–27.

Ungeduldige Hoffnungsträger*innen in bedrängten Zeiten

Eine lutherische Perspektive aus Schweden

Almut Bretschneider-Felzmann

Der Ökumenische Rat in Schweden bereitet momentan ein Jubiläum vor, dessen Bedeutung in unseren Zeiten grösser nicht sein könnte: Die Erinnerung an die „Life and Work“ Konferenz, zu der Nathan Söderblom, Erzbischof der Kirche von Schweden, im Jahr 1925 Vertreter*innen unterschiedlicher Kirchen aus sehr verschiedenen Ländern mehrerer Kontinente nach Stockholm eingeladen hatte. Der Erfahrungshintergrund, auf dem er dies tat, ist mir heute näher, als mir lieb wäre: In Europa war ein umfassender Krieg zu Ende gegangen. Die Kirchen konnten währenddessen miteinander kein Signal der Einheit und des Friedens geben. Nun sollte eine kraftvolle Stimme für Frieden und soziale Gerechtigkeit aus dem Geist des christlichen Glaubens von Stockholm ausgehen. Frieden in Europa wurde so schnell nicht, aber Stockholm 1925 ist eine wichtige Station für die Anstrengungen der Kirchen in den vergangenen 100 Jahren, miteinander Zeichen des Friedens zu setzen. Kraftvoll taten sie dies 1948, als nach dem Zweiten

Weltkrieg der Ökumenische Rat der Kirchen gegründet wurde. Das Echo dieser Botschaft klingt noch in meinen Ohren – in denen einer Nachgeborenen – und ist Teil meines theologischen Selbstverständnisses geworden: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.“

Heute ringen wir erneut um die gemeinsame Friedensbotschaft der Kirchen, die ohne Gerechtigkeit und Heilung der Schöpfung zu einem stumpfen Wort wird. Wir suchen Orientierung in dem, wie es Mütter und Väter unseres Glaubens vor uns getan und formuliert haben. Einer dabei ist Nathan Söderblom mit seiner unermüdlichen Kraft. Neu buchstabieren müssen wir das Friedenswort aber heute selbst und schöpfen doch aus denselben Quellen – dass Frieden und Gerechtigkeit einander küssen, dass die Friedensstifter*innen selig und diejenigen gesegnet sind, die Hungri-gen zu essen und Durstigen zu trinken geben, die Fremde beherbergen, Kranke und Gefangene besuchen. Mit diesen Visionen ausgestattet bin ich herausge-

fordert, Kirche nicht in konfessionelle und nationale Grenzen einzuzäunen, sondern grenzüberschreitend von Peripherie und Empathie her zu denken und zu gestalten.

Wie formulieren wir Friedenssehnsucht neu, die uns von Großeltern und Eltern in die Wiege gelegt wurde? Wie halten die Kirchen miteinander Begegnungsorte offen in einer Zeit, in der so viele Türen geschlossen werden? Wie können wir Gespräche führen, wo Waffen regieren, und mit welchen Akteur*innen sollten wir dies tun? Welche Schutzräume geben wir denen, die von mächtigen Mehrheiten und lauten Populist*innen an die Seite gedrängt und stumm gemacht werden? Wie gehen wir damit um, wenn europäische Privilegien wackeln und auch unseren Kirchen gewohnte Möglichkeiten nehmen? Auf welche Weise können wir verwurzelte Hoffnungsgründe an so vielen Abgründen formulieren, die tragen und nicht verdrängen?

Die scheidende Erzbischöfin der Kirche von Schweden, Antje Jackelén, hat während der Corona-Pandemie ein Buch über Hoffnung geschrieben – „Ungeduldig in Hoffnung“. Sie ist darin Wesen und Grund von Hoffnung aus christlicher Perspektive nachgegangen und hat den Begriff deutlich von Optimismus und Opportunismus abgehoben. Hoffnung nährt sich aus Beziehungen – zu Gott, zur Schöpfung, zu den Mitmenschen und zu mir selbst. Sie bleibt lebendig im Geflecht von Demut, Wut und Mut, ist Geschenk und fordert zugleich heraus, darum zu ringen. Sie nötigt uns, in den

Beziehungsgeflechten zu bleiben, die unser Leben ausmachen.

Auf das Europa unserer Zeit übertragen, könnte Hoffnung so klingen: Unsere Hoffnung besteht nicht darin, einfache Lösungen zu propagieren, sie heißt nicht, passiv darauf zu warten, dass andere die mühsame Arbeit tun, Gesprächsfäden zu finden und einen respektvollen und achtenden Umgang miteinander. Hoffnung auf dem Grund, der uns geschenkt ist, bedeutet vielmehr, geduldig und ungeduldig, voller Demut, Wut und Mut die Friedenssehnsucht unserer Mütter, Väter und Großeltern zu erneuern, für Recht und Gerechtigkeit zu streiten. Es wird Kraft brauchen und Anstrengung, den mühsamen Weg der Hoffnung in diesem Europa, das uns heute anvertraut ist, zu gehen. Wir werden vielleicht auch auf Abwege geraten und mitunter an Abgründen stehen. Aber wo, wenn nicht dort, sollten wir Hoffnung suchen? Das hat Nathan Söderblom 1925 getan, als er mit der Stockholmkonferenz einen Grund dafür legte, dass die Kirchen im 20. Jahrhundert versucht haben, zu Frieden und Gerechtigkeit beizutragen. Aus dieser Erinnerung sollten wir Kraft schöpfen, um Sehnsüchtige nach Frieden und Gerechtigkeit in Europa und darüber hinaus zu werden. Diese Kraft brauchen wir, wenn wir ungeduldige Hoffnungsträger*innen werden wollen ...

Die Kirche im öffentlichen Raum

Ein Studiendokument des Lutherischen Weltbunds (2016 / 2021) (Auszug)

Abgedruckt mit freundlicher Genehmigung des Lutherischen Weltbunds.¹

Der öffentliche Raum als ein gerechter Ort für alle

Ein gerechter Ort für alle

Unser Ziel als Christinnen und Christen ist es, alle Bereiche des öffentlichen Raums für jeden frei zugänglich zu machen, ohne Einschränkung aufgrund eines Merkmals, wie zum Beispiel Hautfarbe, Kaste, Religion oder Geschlecht. [...]

Öffentliche Räume können Orte des sozialen *Empowerment* sein, wenn sich Gruppen, die üblicherweise von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Prozessen ausgeschlossen sind, zu Wort melden, öffentlich ihre Forderungen stellen und aus diesem Grund in der Lage sind, einen Beitrag zur Entwicklung

öffentlicher politischer Leitlinien und kulturellem Wandel zu leisten. In den vergangenen Jahrzehnten haben neue gesellschaftliche Akteure das Bewusstsein für feministische, ökonomische und ökologische Anliegen und für die Probleme von Kastensystem und Rassismus geschärft.

Ein inklusiver, integrativer öffentlicher Raum entsteht, wenn sich verschiedene öffentliche Räume zu einem Ort gemeinsamen Eigentums und Zugehörigkeit zusammenkommen. Soziale Kommunikation, die durch die Überschneidung verschiedener öffentlicher Räume, die unterschiedliche Interessen und Belange repräsentieren, ermöglicht wird, spielt für die öffentlichen Meinungsbildung und das gemeinsame Streben nach Gerechtigkeit eine wichtige demokratische Rolle. Wenn eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Perspektiven, Forderungen und Zielen konfrontiert wird und diese anerkennt, kann sie besser auf das Wohlergehen aller hinarbeiten. Drei grundlegende Ele-

mente kennzeichnen einen öffentlichen Raum als einen gerechten Ort für alle:

- Gleichberechtigter Zugang zu Gemeinschaftsgütern und politischen Entscheidungsprozessen
- Sicherheit, insbesondere für Schutzbedürftige
- Sinnvolle Partizipation und Interaktion aller gesellschaftlichen Gruppen

Öffentlicher Raum – die Realität

Ein inklusiver öffentlicher Raum ermöglicht gleichberechtigten Zugang und gleichberechtigte Teilhabe, und alle, die ihn betreten, sollten sich willkommen und sicher fühlen. Die tatsächliche Erfahrung der Menschen in öffentlichen Räumen unterscheidet sich oftmals stark von dieser Vorstellung.

In vielen Ländern kämpfen indigene Gemeinschaften für Gerechtigkeit und ein Leben in Würde. Sie treten für ihr Recht auf Land und Lebensunterhalt ein und engagieren sich für die Überwindung von Armut und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Menschen mit einer körperlichen Behinderung sehen sich im öffentlichen Raum nach wie vor Schwierigkeiten gegenüber, da ihnen oftmals kein geeigneter Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln gewährt wird und sie ihre politischen und wirtschaftlichen Grundrechte in der Folge nicht wahrnehmen können. Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Kaste ist allgegenwärtige Realität und führt in allen Lebensbereichen zu zahllosen Diskriminierungserfahrungen und immer neuen Ausbrüchen von Gewalt, Zerstörung und

Tod. Viele Menschen können sich aus Sicherheitsgründen nicht frei auf der Straße bewegen, insbesondere Frauen oder Menschen, die als „anders“ wahrgenommen werden. Es entsteht ein neues Bewusstsein für Aggressionen gegenüber Schwulen, Lesben und Transgender im öffentlichen Raum. Viele Gesellschaften leiden unter Akten religiöser Intoleranz, und eine fehlende oder nicht ausreichend gewährleistete Religions- oder Glaubensfreiheit behindert den gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Raum. Schutzbedürftige und Minderheiten haben nur eingeschränkt Zugang zu Gemeinschaftsgütern und werden in den Medien häufig negativ dargestellt. Die Öffentlichkeit wird mit Werbung überflutet, die unrealistische Schönheitsideale und eine unhaltbare Ideologie des Konsums propagiert.

Spaltung, ungleichen Lebensbedingungen, Erfahrungen von Gefahr und Gewalt liegen Dynamiken von Manipulation, Herrschaft und Ausbeutung zugrunde. Gruppen, die in der öffentlichen Diskussion nicht berücksichtigt oder aktiv marginalisiert und deren Bedürfnisse nicht ausreichend beachtet werden, sind vom öffentlichen Raum ausgeschlossen. Ausgrenzung hängt eng mit der Vormachtstellung bestimmter Gruppen zusammen, die aufgrund politischer, wirtschaftlicher, kultureller, religiöser oder medialer Macht besteht. Ausgrenzung kann auch in Form von Schikane auftreten. In diesem Fall haben die Menschen zwar Zugang zum öffentlichen Raum, werden aber unter Druck gesetzt und eingeschüchtert.

¹ Das vollständige Dokument findet sich auf Deutsch hier: lutheranworld.org/sites/default/files/2021/documents/dtmj-church_in_public_space_2021_de.pdf (abgerufen 16.8.2022).

Gewalttätige, manipulative und einschüchternde Kommunikation zeigt uns, dass wir kontinuierlich daran arbeiten müssen, einen öffentlichen Raum zu schaffen, der jeden willkommen heißt: einen öffentlichen Raum, in dem Menschen mit unterschiedlichen Identitäten als gleichberechtigte Personen friedlich und sinnvoll miteinander interagieren können. Im öffentlichen Raum aktiv zu sein, geht mit der Verpflichtung einher, den offen zugewandten, inklusiven, interaktiven Charakter dieses Raumes zu bewahren und zu fördern.

Es ist von entscheidender Bedeutung, geeignete Wege für den Umgang mit Konflikten im öffentlichen Raum zu finden. Negative Stimmen, die den öffentlichen Raum vergiften wollen, oder gar Hasspredigten schwächen den gemeinsamen öffentlichen Raum. Solche Erfahrungen machen deutlich, dass ein gesetzlicher Rahmen erforderlich ist, der eine freie, sinnvolle und friedliche Auseinandersetzung im öffentlichen Raum ermöglicht und schützt. Dies muss durch ein Ethos der öffentlichen Interaktion gefördert und unterstützt werden.

Fließende Übergänge

Es ist nicht möglich, strikt zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich zu unterscheiden. Der öffentliche Raum einer Gesellschaft ist ein Kontinuum zwischen Individuellem und Gemeinsamem. Von unserem Zuhause und der Kirche aus nehmen wir mittels Online-Foren, Gesprächen in Kleingruppen und verschiedenen religiösen Veranstaltungen an der öffentlichen In-

teraktion teil. Wir beschäftigen uns mit Fragen, die unser Leben nicht nur als Teil eines Kollektivs, sondern auch auf einer sehr persönlichen Ebene betreffen. Sozialstrukturen, die unserem Grundbedürfnis nach Nahrung, Schutz, Kleidung, Arbeitsrechten, Gesundheit und Bildung Rechnung tragen, beeinflussen unser tägliches Leben. Sie bestimmen, wie viel Zeit wir mit unserer Familie verbringen, wie sicher wir uns im Falle von Krankheit oder Verletzungen fühlen und welche Perspektive wir zukünftigen Generationen bieten können.

Die Grenzen des öffentlichen Bereiches sind also fließend und müssen stets neu ausgehandelt werden. Wenn wir öffentliche Räume als Räume definieren, die im Gegensatz zu privaten Räumen einem Kollektiv zugänglich sind, müssen wir bedenken, dass Eigentumsrechte nicht naturgegeben sind, sondern nur mit einem gewissen Maß an öffentlicher Unterstützung aufrechterhalten werden können. Wenn wir öffentliche Räume auf diese Weise als Kommunikationsräume definieren, in denen eine Gesellschaft Ideen und Informationen austauscht, werden wir daran erinnert, dass die meisten öffentlich diskutierten Angelegenheiten nicht ausschließlich das Kollektiv, sondern auch das Leben von Individuen, Kleingruppen und Organisationen betreffen.

Umweltschutz und Klimawandel sind beispielsweise öffentliche Belange, die uns alle angehen und Maßnahmen auf individueller, organisatorischer und Regierungsebene fordern. In öffentlichen Räumen schärfen wir das Bewusstsein

und stellen Informationen bereit, die sowohl Herausforderungen im Bereich Umweltverschmutzung, Wasserversorgung und Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen betreffen als auch gemeinsame Lösungen, die von Individuen, Institutionen und Regierungen umgesetzt werden müssen.

Die Strukturen im Familien-, Privat- und Liebesleben legen Geschlechterrollen für Männer und Frauen fest. Diese Rollen zeigen sich sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich, können also nicht nur einem davon zugeordnet werden. Eine strenge Definition des Privaten wurde dazu missbraucht, Frauen in den Haushalt zu verbannen und sie davon abzuhalten, Führungsrollen im akademischen, politischen und religiösen Bereich zu übernehmen. Eine Definition mit fließenden Übergängen zwischen Öffentlichem und Privatem, die also auch den Zusammenhang zwischen diesen beiden Bereichen betont, ermöglicht eine kritische Analyse der Machtbeziehungen, auf denen Geschlechterrollen basieren und die Frauen im Laufe der Geschichte von Emanzipationsprozessen im öffentlichen Bereich ausgeschlossen und in den privaten Bereich verbannt haben.

Kirchen als öffentliche Räume

Kirchen haben eine öffentliche Dimension, da sie dazu berufen und bestimmt sind, in der Welt Veränderungen anzustoßen. Mit ihrer Vorstellung vom Gemeinwohl tragen die Kirchen zum öffentlichen Leben bei. Dies geschieht nicht nur durch Worte und Taten nach

außen, sondern auch durch die Art und Weise, wie innerhalb der Kirche Räume geschaffen werden. Die Kirchenmitglieder haben oftmals unterschiedliche Hintergründe, beispielsweise in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildung, soziale Schicht, ethnische Zugehörigkeit, Kaste und sexuelle Orientierung. Inmitten dieser einzigartigen Vielfalt eröffnet ihnen die Kirche einen wichtigen Raum, um über Herausforderungen zu diskutieren, die die Gesellschaft als Ganze betreffen. So werden nicht nur von der Kanzel aus Themen angesprochen, sondern auch in Kleingruppen haben Kirchenmitglieder die Möglichkeit, über ihre Erfahrungen zu sprechen, wie beispielsweise in Bezug auf religiöse Intoleranz oder verschiedene Formen der Ungleichheit – sei sie geschlechter- oder kastenbezogenen, ethnisch oder wirtschaftlich – in ihrer eigenen Kirche und der Gesellschaft im Allgemeinen.

Zusätzlich dazu, dass die Kirchenräume für das Gespräch über gemeinsame gesellschaftliche Angelegenheiten eröffnen, haben sie auch eine physische öffentliche Präsenz in der Gesellschaft. Gotteshäuser sind prägnante Gebäude im öffentlichen Raum, Kirchenrituale sind sichtbar und die Kirchenglocken auch außerhalb der Kirchengebäude hörbar. Kirchen können denen, die Ruhe und Stille suchen, einen Raum bieten und denen, die kein Zuhause haben, Schutz und Zuflucht gewähren.

Wenn sich Kirchengemeinden aktiv im öffentlichen Raum einbringen, begegnen sie Menschen und Gruppen mit anderen Glaubensvorstellungen und

anderen Weltanschauungen. Sie versuchen, die Allgemeinheit betreffende Angelegenheiten zum Wohle aller anzugehen. Gerechtigkeit und Frieden sind Geschenke Gottes, nicht nur für diejenigen, die in derselben Kirche vereint sind, sondern für die gesamte Schöpfung. Christinnen und Christen sind dazu berufen, an Gottes Mission teilzuhaben, die Leben im Überfluss für alle bewirkt – nicht nur für Kirchenmitglieder. Wenn sich Kirchen von den großen Sorgen und Problemen ihrer Gesellschaften fernhalten, verpassen sie die Möglichkeit, Salz der Erde und Licht der Welt zu sein (Mt 5,13–16). In Christus nimmt Gott unsere Zerbrechlichkeit und unser Leiden an und führt die menschliche Existenz zu neuem Leben. Die Kirchen werden durch Gott dazu inspiriert, aus ihrem institutionellen Rahmen herauszutreten und prophetisch präsent zu sein inmitten der Notschreie und Hoffnungen, die ihre lokalen und globalen Kontexte ausmachen.[...]

Die Rolle der Kirche im öffentlichen Raum aus lutherischer Perspektive

Befreit durch Gottes Gnade – unsere Berufung in der Taufe

Als Kirche engagieren wir uns im öffentlichen Raum – nicht obwohl wir glauben, sondern weil unser Glaube uns zum öffentlichen Engagement inspiriert. Taufe

und Abendmahl bestimmen und stärken als Geschenk Gottes das Zeugnis der Kirche im öffentlichen Raum. Die Taufe macht die Kirche zu einer Gemeinschaft. Sie ist ein besonderes Bindeglied zwischen Christenmenschen und zwischen Kirchen.

Das Geschenk der Taufe zeugt von der bedingungslosen Gnade Gottes, dem Schöpfer allen Lebens, der auf eine neue Schöpfung inmitten dieser Welt hinarbeitet und darauf vertraut, dass die Menschen ihm den Weg bereiten. Der dreieinige Gott zeigt seine unerschütterliche Liebe oftmals in überraschender Weise. Die Menschwerdung Jesu Christi teilt uns mit, wie Christus in diese Welt gekommen ist und sich selbst entäußerte (Phil 2). Der Weg des Kreuzes stellt unsere menschlichen Prioritäten auf den Kopf, stellt Prestige, Macht und Status infrage und eröffnet eine neue Art des Seins in der Welt.

Die Taufe lehrt die Kirche anzuerkennen, dass alle Menschen nach Gottes Ebenbild geschaffen und mit derselben Würde ausgestattet sind. Im Vertrauen darauf, dass Gott uns mit sich selbst versöhnt hat, sind wir frei, uns um unsere Nächsten zu kümmern. In seiner Schrift *Von der Freiheit eines Christenmenschen* bringt Luther dies prägnant auf den Punkt:

„Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“²

Durch die freudige Verkündigung, dass wer „aus der Taufe gekrochen ist“³

in direkte Gemeinschaft mit Gott tritt, betont die lutherische Tradition, dass alle Getauften dazu berufen und befähigt sind, an allen Aspekten des kirchlichen Lebens teilzunehmen (1. Petr 2). Gott, der Heilige Geist, gießt seine Gaben über die gesamte Kirche aus (Eph 4,11–13; 1. Kor 12,4–11) und befähigt Männer und Frauen dazu, einen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten und sie zu stärken. Daher trägt die gesamte Kirche und jedes einzelne Mitglied zum öffentlichen Zeugnis der Kirche bei. Alle Herzen, Köpfe und Hände werden für die Aufgabe der Kirche benötigt, Gottes Verheißung für diese Welt zu verkünden und sich gegen Ungerechtigkeit einzusetzen. Die Taufe beinhaltet die Berufung zu einem Leben in Glauben, Hoffnung und Liebe, bereit den Nächsten zu dienen und für das Wohlergehen aller zu sorgen. Deshalb ist die Taufe die Grundlage für das Engagement von Christenmenschen, sowohl innerhalb der Kirche als auch im öffentlichen Raum.

Das Geschenk des Abendmahls erhält und stärkt die Gemeinschaft der Kirche. Sie ist eine fortwährende Erinnerung an die Versöhnung, die Christus in die Welt gebracht hat, und ruft Christinnen und Christen dazu auf, Botschafter einer versöhnten Welt zu sein (vgl. 2. Kor 5,20).

Taufe und Abendmahl sind Geschenke Gottes und begründen und stärken die Kirche als die Gemeinschaft im Wort Gottes. Gemeinsam deuten sie auf die grundlegende Berufung der Kirche hin: die ganzheitliche Mission der Verkündigung, der prophetischen Diakonie und der *Advocacy*-Arbeit, zu deren wesent-

lichen Bestandteilen die Stimme der Kirche im öffentlichen Raum zählt. Die unterschiedlichen Kontexte von Wort und Tat in der Öffentlichkeit – sowohl innerhalb der Kirche als auch in der Gesellschaft im Allgemeinen – müssen genau unterschieden und miteinander in Zusammenhang gebracht werden. Diesbezüglich bietet die in der lutherischen Tradition entwickelte Zwei-Reiche-Lehre Leitlinien.

Die Unterscheidung zwischen geistlichem und weltlichem Bereich

Die Unterscheidung zwischen dem geistlichen und dem weltlichen Bereich spielt in der lutherischen Theologie eine wichtige Rolle. Luther kritisierte die unzulässige Einmischung weltlicher Obrigkeit in geistliche Angelegenheiten sowie die unzulässige Einmischung religiöser Akteure in weltliche Angelegenheiten scharf. Im Rahmen seiner Überlegungen zur weltlichen Obrigkeit legte Luther die Bedeutungen und Gestalt beider Bereiche dar und zeigte deren Grenzen auf.⁴

Neben dem Terminus „zwei Reiche“ wurde in den vergangenen Jahren der Fokus auf die Formulierung „zwei Regimente“ gelegt. Der letztgenannte Begriff bezieht sich auf die beiden Arten, wie Gott die Welt regiert bzw. die beiden Arten, wie Gott für die Welt Sorge trägt: Im Zentrum des geistlichen Regimen-

² Martin Luther, „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ [1520], vgl. WA 7, 21.

³ Martin Luther, „An den christlichen Adel deutscher Nation“ [1520], vgl. WA 6, 408.

⁴ Martin Luther, „Von weltlicher Oberkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei“ [1523], WA 11, 245–281.

tes steht die Erfahrung der Rechtfertigung durch die Verbreitung der Guten Nachricht Gottes für die Schöpfung. Im Zentrum des weltlichen Regimentes steht die Sorge für Gerechtigkeit und die Schaffung einer stabilen Ordnung, die den Frieden in der Gesellschaft gewährleistet.

Luther bezeichnet das erste Regiment als Gottes „eigenes Werk“ (*opus proprium*), da die Verkündigung des Evangeliums ein Ausdruck des Wesens Gottes, der Liebe, ist. Das zweite Regiment hingegen ist Gottes „fremdes Werk“ (*opus alienum*), da es nur zu äußerlichen Zwecken benötigt wird, nämlich um der Sünde des Menschen willen, die zerstörerische Fehlsteuerung in die Gesellschaft bringt.

Im weltlichen Bereich sorgen Gesetze dafür, Ordnung in einer Gesellschaft herzustellen, damit alle Menschen friedlich zusammenleben können. Gesetze werden von Gerichten durchgesetzt, die angesichts der Realität von Sünde und Schuld notwendig sind. Dennoch gründet sich auch dieser Bereich auf Gottes Liebe, da er Teil der Erhaltung der Welt durch Gott ist (*conservatio mundi*): Gott lässt den Menschen nicht mit dem von ihm selbst verursachten Unheil alleine. Dies ist allerdings kein unmittelbarer Ausdruck der Liebe Gottes, da die Obrigkeit über die Befugnis und die Kapazitäten verfügen muss, die Menschen zum Befolgen der Gesetze zu verpflichten oder die Überwindung von Gewalt zu erzwingen.

Der geistliche Bereich bezieht sich auf Gottes Herrschaft über die versöhnte neue Schöpfung, die sich schon in der Gemeinschaft der Gläubigen zu zeigen beginnt. Gerichte sollten hier nicht notwendig sein, da sie dem Charakter des geistlichen Bereichs unmittelbar widersprechen würden. Daher impliziert die Unterscheidung der zwei Bereiche eine Kritik an jeglichem Versuch, die Verbreitung des Evangeliums unter Einsatz von äußerem Zwang zu fördern. Artikel 28 des Augsburger Bekenntnisses betont, dass Menschen im bischöflichen Amt das Evangelium predigen sollen, „ohne menschliche Gewalt, sondern allein durch Gottes Wort“ (*sine vi humana, sed verbo*)⁵. Dies beschreibt den Charakter der kirchlichen Arbeit: überzeugen, nicht zwingen.

Wir müssen uns bewusst sein, dass trotz dieser wichtigen theologischen Einsichten zur Unterscheidung der zwei Bereiche die Konzepte von religiöser Freiheit und Toleranz im 16. Jahrhundert noch nicht vollständig verstanden wurden. Auch lutherische Reformatoren trugen zu Akten der Intoleranz und religiösem Zwang bei, wie beispielsweise gegenüber radikaleren Reformatoren, durch die Verfolgung der Täufer und der ungehinderten Polemik gegenüber Juden, die jahrhundertlang nachhallte – Akte, die in den vergangenen Jahrzehnten in Reue und im Streben nach Versöhnung abgelehnt wurden.⁶ Aufgrund dieser Prozesse sind wir mittlerweile

sensibler geworden für Widersprüche in unseren eigenen Lehren und Praktiken. Wir erkennen an, dass es auch weiterhin eine fortwährende Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass das *sine vi humana sed verbo* sein volles Potenzial entfalten kann.

Herausforderungen im Umgang mit der Unterscheidung

Gott regiert sowohl über den geistlichen als auch den weltlichen Bereich. Dies bedeutet, dass es nichts gibt, was sich Gottes Zuwendung zur Welt entzieht und außerhalb seiner Reichweite liegt. Die Kirche hat den Auftrag, Gottes Liebe für diese Welt in Wort und Tat zu verkündigen. Wenn die Kirche daher Zeuge von Ungerechtigkeit und Unterdrückung im weltlichen Bereich wird, muss sie ihre Stimme erheben, die Schwachen befähigen, den Notleidenden dienen und die in Gefahr sind schützen.

Die Unterscheidung der zwei Herrschaftsbereiche Gottes hat sowohl Vor- als auch Nachteile. So wurde dieses Konzept dazu missbraucht, die Position zu vertreten, dass sich eine wahrhaft geistliche Kirche nicht in den öffentlichen Bereich einmischen darf, wenn sie rein und makellos bleiben möchte. Darüber hinaus hat es zu blindem Gehorsam in Situationen geführt, in denen die Kirche aufgrund ihres Glaubens und ihrer Mission hätte Widerstand leisten müssen.

Andererseits liegt eine der Stärken dieses Konzeptes darin, dass es uns dabei hilft, zu verstehen, wie wir mit Menschen außerhalb der Kirche und in der Öffentlichkeit interagieren können, ohne darauf zu bestehen, dass sie

den christlichen Glauben annehmen. Gleichzeitig führt es nicht dazu, dass wir unseren Glauben im öffentlichen Raum verleugnen müssen. Auf diese Weise bietet es eine Orientierungshilfe dafür, wie die christliche Berufung in einer religiös pluralen Gesellschaft gelebt werden kann.

Eine weitere Stärke dieses Konzeptes liegt darin, dass es im komplexen Zusammenspiel von Religion und Politik diagnostische Kraft entfalten kann. Luther beriet und ermahnte die Fürsten in Bezug auf verschiedene politische Fragen. Das Risiko, eine Situation falsch einzuschätzen, hielt ihn nicht davon ab, politische Ratschläge zu erteilen. Diese Aufgabe geht heute genauso

⁶ 1984 wurden der LWB-Vollversammlung in Budapest Erklärungen zum Thema „Luther, Luthertum und die Juden“ vorgelegt. Die Lutherische Kirchengemeinschaft erkannte Luthers antijüdische Äußerungen und die Heftigkeit seiner Angriffe auf die Juden als Sünde an und verpflichtete sich dazu, jeglichen Anlass für eine solche Sünde in ihren Kirchen heute und in Zukunft aus dem Weg zu räumen. Vergleiche die Dokumente im Anhang von Greive Wolfgang / Prove, Peter (Hg.), *Jüdisch-lutherische Beziehungen im Wandel?* Genf 2003, 196, online: lutheranworld.org/sites/default/files/dts-doc48-jewish-d.pdf [abgerufen 16.8.2022]. Im Zusammenhang mit der Verfolgung der Täufer und der theologischen Unterstützung der Verfolgung durch die lutherischen Reformatoren bat die LWB-Vollversammlung in Stuttgart im Jahr 2010 „Gott und unsere mennonitischen Schwestern und Brüder“ um Vergebung. Dokumentiert: *Lutherischer Weltbund, Unser tägliches Brot gib uns heute*. Genf 2010, 47f., online: assembly2010.lutheranworld.org/uploads/media/Mennonite_Statement-DE_04.pdf [abgerufen 16.8.2022]. Die Vertreter der mennonitischen Gemeinschaft empfingen die Lutheranerinnen und Lutheraner mit offenen Armen und sagten „Wir schließen uns Gott freudig und demütig an, Ihnen zu vergeben“ (ebd., 50). Beide Seiten verpflichteten sich, die Beziehungen zueinander zu vertiefen.

⁵ *Augsburger Bekenntnis, Artikel 28; BSLK (2014), 195.*

wie zu Luthers Zeiten mit dem Risiko folgenschwerer Missverständnisse einher. Die Kirche muss den öffentlichen Diskurs genau verfolgen und jederzeit bereit sein, sich an ihm zu beteiligen. Dennoch darf die Kirche niemals die Fähigkeit verlieren, genau zwischen dem geistlichen und dem weltlichen Bereich zu unterscheiden. Aus lutherischer Perspektive sind politische Ambitionen, die auf eine Theokratie abzielen, entschieden abzulehnen. Die Aufgabe der Kirche besteht nicht darin, den öffentlichen Raum zu dominieren, sondern davor zu warnen, dass irgendeine Weltanschauung oder Religion, ob christlich oder nicht, zu einer Ideologie wird, die den öffentlichen Raum dominieren könnte.

Die Unterscheidung der zwei Bereiche ist eine wichtige Voraussetzung, um die angemessene Rolle der Religion in Bezug auf politische Angelegenheiten zu erkennen. Die Unterscheidung zwischen Gesetz und Evangelium dient als Wegweiser für die Verkündigung der Kirche. Die Hauptaufgabe der Kirche besteht in der Verkündigung des Evangeliums; zu diesem Zweck muss die Kirche jedoch sachgemäß mit dem Gesetz umgehen. Die lutherische Tradition unterscheidet zwischen dem theologischen und dem zivilen Gebrauch des Gesetzes. Im Rahmen des theologischen Gebrauchs wird der Mensch durch das Gesetz als Sünder entlarvt und verurteilt. Beim zivilen Gebrauch dient das Gesetz der Aufrechterhaltung der zivilen Ordnung inmitten einer Welt voller Sünde. Diese beiden Aspekte der Verkündigung betonen,

wie wichtig es ist, die zwei Bereiche genau zu unterscheiden, gleichzeitig aber ihre Verbindung im Sinne von Gottes Wirken in der gesamten Welt aufrechtzuerhalten.

Luther wusste genau, wie gefährlich ungerechte Regierungen sind. Er forderte die kritische Bewertung politischer Macht, im kirchlichen ebenso wie im weltlichen Bereich. Für Luther war eine gerechte Regierung Grundvoraussetzung für ein Zusammenleben in Frieden und Gerechtigkeit. Die Kirche muss die weltliche Obrigkeit in Bezug auf ihr Verständnis der Gerechtigkeit und Gnade Gottes zur Rechenschaft ziehen. Übernimmt eine lutherische Kirche umgekehrt Aufgaben, die von staatlicher Seite ausgeführt werden könnten oder sollten, muss sie sorgfältig abwägen, ob und in welcher Form diese Aufgaben mit ihrer Mission in Einklang stehen.

Einigkeit unter der einen Herrschaft Gottes erfordert eine verantwortliche und transparente Führung innerhalb der Kirche und im weltlichen Bereich: Wie Kirchen mit Unterschieden umgehen und Entscheidungsprozesse organisieren, ist ein zentraler Bestandteil ihres öffentlichen Zeugnisses. Die Glaubwürdigkeit der Kirche hängt – zu Recht – in hohem Maße von diesen scheinbar profanen Dingen ab. Synodal- und Kollegiumsstrukturen, an denen sowohl Laien als auch Ordinierte teilhaben, sind ein wichtiger Aspekt der heutigen Kirchenleitung.

Die Kirche muss erkennen und respektieren, dass Gottes Herrschaft auch im weltlichen Bereich gilt, und offen dafür sein, seine Präsenz auch dort zu er-

fahren. Rechte sind eine wichtige Grundlage, um die Teilhabe am öffentlichen Raum zu ermöglichen. Sie stellen Mechanismen für den Umgang mit Unterschieden und Vielfalt in der Bevölkerung bereit und gewährleisten Gleichheit vor dem Gesetz. Sie sind wichtige Instrumente, um diskursive Gegenüberstellungen von Mehrheits- gegen Minderheitengruppen infrage zu stellen. Sie erlauben es uns, Ungerechtigkeit zu identifizieren und zu benennen. Die Kirche ist berufen, für alle Menschen einzutreten, da diese nach dem Bild Gottes geschaffen wurden. Deshalb bekräftigt die Kirche, dass die Unterdrückten, Schutzbedürftigen und Armen keine Objekte für Wohltätigkeit sondern Rechteinhaber sind. Aus diesem Grund beschäftigt sich die Kirche mit den jeweiligen Rechtsstrukturen und wahrt internationale Menschenrechtsstandards.

Was ist also basierend auf der Unterscheidung der beiden Bereiche der spezielle Auftrag der Kirche im politischen und im öffentlichen Bereich? *Erstens* müssen sich die Kirchen gegen die „Religionisierung“ von Politik einsetzen. Eine solche Instrumentalisierung von Religion und Politik verzerrt und verrät die Bedeutung und Funktion beider Bereiche und entwickelt ein zerstörerisches Potenzial für die gesamte Gesellschaft. *Zweitens* müssen die Kirchen sicherstellen, dass streng zwischen staatlichen Institutionen und der Religion unterschieden wird, sowohl hinsichtlich der eigenen als auch der rechtmäßigen Machtausübung seitens der Regierungsbehörden. *Drittens* müs-

sen die Kirchen die Politik genau beobachten und sich wo nötig von ihrem Verständnis von Gottes Gerechtigkeit und Gnade her als spürbar gesellschaftlich einmischen. *Viertens* müssen die Kirchen bekräftigen, dass der öffentliche Raum ein gemeinsamer Raum ist, den sie mit Menschen anderen Glaubens und anderer Überzeugungen teilen. In diesem gemeinsamen Raum sind die Menschenrechte zu einer Möglichkeit geworden, eine gemeinsame Sprache zu sprechen. Dank der Menschenrechte können wir eine gemeinsame Basis finden, um globale Herausforderungen anzugehen und zu meistern. [...]

Charakteristika des lutherischen Engagements in der Öffentlichkeit

Mut und Klarheit: das öffentliche lutherische Zeugnis des Glaubens

Die grundlegende lutherische Überzeugung, dass alle Gläubigen durch Gnade gerechtfertigt sind, geht mit einem ebenso tiefgreifenden Bewusstsein darüber einher, dass die Gläubigen sowohl Gerechte als auch Sünder sind. Wir sind hilflos vor Gott und interpretieren seinen Willen fortwährend falsch. Gleichzeitig sind wir von Gottes Gnade erfüllt und erfüllen unwillkürlich seinen Willen. Diese beiden Aspekte anzuerkennen, ist die Aufgabe aller Lutheranerinnen und Lutheraner. Dies formt die Realität der Kirche ebenso wie die der einzelnen Gläubigen. Die Kirche, die Gemeinschaft der Gläubigen, muss anerkennen, dass sie gleichzeitig gerecht und voller Sünde ist.

Aus diesem Grunde kann die Kirche keinen privilegierten Status im öffentlichen Diskurs im Sinne einer vermeintlich heiligen Autorität für sich beanspruchen. Christliche Gerechtigkeit besteht darin, Gott als Gott anzuerkennen und Gnade als ein Geschenk. Christinnen und Christen sind durch Gottes Gnade befreit, und können so ihre eigene wie auch soziale Ungerechtigkeit als ein Problem anerkennen, das sie selbst ebenso wie die Gesellschaft als Ganzes betrifft. Dies ist ein mutiger öffentlicher Ausdruck der Freiheit der Kirche: zu verkündigen und zu dienen. [...]

Geduld und Beharrlichkeit: das öffentliche lutherische Zeugnis der Hoffnung
 [...] Das öffentliche lutherische Zeugnis wird im weiten Horizont der Einladung Gottes in die von ihm verheißene Zukunft verwirklicht. Die Perspektive des Gottesreiches verleiht den Aktivitäten der Kirche Relevanz und Bedeutung, macht das Gottesreich jedoch nicht davon abhängig. Daher ist das öffentliche lutherische Zeugnis von einem Geist der Gelassenheit und Verantwortung geprägt. Sein „Erfolg“ ist letztlich weder von der Kirche selbst noch von günstigen politischen Umständen abhängig.

Die Perspektive der Hoffnung weist auf den weltweiten Charakter der Gerechtigkeit und Gnade Gottes hin. Das

öffentliche lutherische Zeugnis schaut über die Grenzen seines unmittelbar gegebenen Kontextes hinaus und strebt danach, auch in andere Kontexte eingebunden zu sein. Die lutherischen Kirchen engagieren sich im öffentlichen Raum im weitesten Sinne mit dem Ziel, regionale, kulturelle und ideologische Grenzen zu überwinden. [...]

Solidarität und Befähigung: das öffentliche lutherische Zeugnis der Liebe

[...] Das Gebot der Nächstenliebe ist ein intrinsischer Bestandteil christlichen Lebens. Es ist die Berufung jedes einzelnen Gläubigen, ebenso wie die Berufung der Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen. Es begründet die Anwaltschaft und Verantwortung der Kirche im öffentlichen Raum. Durch Gottes Gnade befreit zu sein, um die Nächsten zu lieben und ihnen zu dienen, bedeutet, sich mit den benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen solidarisch zu erklären. Das christliche Zeugnis im öffentlichen Raum wird in erster Linie von der Frage nach den Folgen politischer Entscheidungen für die am stärksten benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen geleitet. Das christliche Zeugnis im öffentlichen Raum wird nicht von der einflussreichsten Mehrheit bestimmt, sondern von der Suche nach der Gerechtigkeit und Gnade Gottes für alle.

Biogramme



Foto: privat

Pfr. Dr. Lubomir Batka ist Pfarrer in Wien-Liesing und wissenschaftlicher Referent des Instituts für öffentliche Theologie und Ethik der Diakonie (IöThe).



Foto: privat

Pfr. Mag. Almut Bretschneider-Felzmann ist theologische Referentin für Ökumene bei der lutherischen Kirche von Schweden.



Foto: privat

Pfr. Dr. Eva Harasta ist die Theologische Referentin von Bischof Chalupka und leitet die Redaktion von „Amt und Gemeinde“ (auge).



Foto: privat

OKR Katrin Hatzinger leitet seit 2008 die Dienststelle Brüssel der Bevollmächtigten des Rates der EKD. Sie ist unter anderem Mitglied im Fachbeirat Ethik der GEKE.



Foto: St. Wien / Schönbauer

Pfr. Mag. Marcus Hütter ist Pfarrer der A. u. H. B. Graz-Heilandskirche mit dem Schwerpunkt Tochtergemeinde Liebenau und war 2021–2022 Pfarramtskandidat bei der GEKE.



Foto: privat

Pfr. MMag. Richárd László Kádas ist seit 2019 Pfarrer der Reformierten Kirchengemeinde Oberwart. Er verfolgt ein systemat.-theol. Promotionsprojekt an der Univ. Heidelberg.



Foto: privat

Dr. Katerina Koci forscht als Lise Meitner Fellow (Post Doc) am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (Wien) über Gender-Aspekte von biblischen Opfernarrativen.



Foto: privat

Pfr. Mag. Helene Lechner ist seit September 2021 Rektorin des Evangelischen Predigerseminars und Pastoralkollegs der Evangelischen Kirche A. B. in Österreich.



Pfr. Dr. Johannes M. Modeß ist Pfarrer an der Lutherischen Stadtkirche in Wien und Teamleiter im Albert Schweitzer Haus – Forum der Zivilgesellschaft.

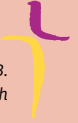


Heather Roy ist die Generalsekretärin des Netzwerks Eurodiaconia, dem 58 diakonische Organisationen in 32 Ländern angehören.



Prof. Dr. Jerzy Sojka ist Professor am Lehrstuhl für Historische Theologie an der Christlich Theologischen Akademie in Warschau. Mitglied des Rates des LWB.

Evangelische Kirche A.B.
in Österreich



Österreichische Post AG
PZ 22Zo42650 P
Severin-Schreiber-Gasse 1-3, 1180 Wien
Retouren an Postfach 555, 1008 Wien

